

MONATSBERICHTE DES
ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXII. Jahrgang

Beilage Nr. 60

Dezember 1959

**Die Verteilung des Volkseinkommens
nach Bundesländern**

WIEN 1959

IM SELBSTVERLAG DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, WIEN, I., HOHER MARKT 9

Die Verteilung des Volkseinkommens nach Bundesländern

Gliederung

	Seite
Vorbemerkungen	3
Die regionalen Unterschiede im pro-Kopf-Einkommen	5
Volkseinkommen	5
Persönliche Nettoeinkommen	7
Internationaler Vergleich	11
Bestimmungsgründe der regionalen Einkommensunterschiede	12
Erwerbsquote	12
Wirtschafts- und Berufsstruktur	15
Einkommensunterschiede in verschiedenen Berufsgruppen	19
Andere Wohlstandsanzeiger	23
Anhang	25
Erläuterungen der Berechnungsmethode	25

Die Verteilung des Volkseinkommens nach Bundesländern

Die vorliegende Arbeit ist ein Beitrag zur Regionalforschung in Österreich. Sie vermittelt zahlenmäßige Vorstellungen über die Verteilung des Volkseinkommens nach Bundesländern und ihre Ursachen. Die Berechnungen stützen sich auf die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für 1957.

Zwischen den einzelnen Bundesländern bestehen größere Einkommensunterschiede. Wien hatte im Jahre 1957 mit 19.470 S das weitaus höchste Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung. In den übrigen Bundesländern fällt das Einkommen stetig von Westen nach Osten. In Vorarlberg wurde pro Kopf ein Volkseinkommen von 15.700 S und im Burgenland von 9.020 S erzielt. Zwischen Wien und dem Burgenland bestand eine Einkommensspanne von mehr als 1 : 2. Die regionalen Unterschiede im Lebensstandard sind etwas geringer, als die Kopfquoten des Volkseinkommens vermuten lassen, denn das Preisniveau ist in den meist ärmeren ländlichen Gegenden niedriger als in den Städten, und die Steuerbelastung wächst mit steigendem Einkommen. Auch der Altersaufbau der Bevölkerung und die Haushaltsgröße sind zu berücksichtigen.

Trotz beachtlichen Unterschieden im einzelnen ist die Wirtschaft in Österreich stärker integriert als die vieler anderer Staaten. Für die entwickelten Industrieländer Deutschland, Frankreich und die USA wurden Einkommensspannen zwischen den ärmsten und reichsten regionalen Einheiten von 1 : 2² bis 1 : 3² errechnet. In unterentwickelten Ländern sind die regionalen Einkommensdifferenzen zumeist größer.

Die Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern erklären sich zu einem erheblichen Teil aus Unterschieden in der Wirtschafts- und Berufsstruktur. Landesteile mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter haben niedrigere Durchschnittseinkommen als hochindustrialisierte Gebiete, die Sonderstellung Wiens geht teilweise auf die Konzentration von Verwaltung und Wirtschaft mit ihrem hohen Bedarf an leitenden Beamten und Angestellten zurück. Aber auch innerhalb der einzelnen Berufe und Wirtschaftszweige bestehen größere regionale Einkommensunterschiede. Besonders stark streuen infolge der unterschiedlichen Kapitalausstattung die Einkommen aus Gewerbebetrieb. Dagegen sind die regionalen Lohnunterschiede bemerkenswert gering.

Vorbemerkungen

Fragen der Einkommensverteilung sind ein wichtiger Gegenstand der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung. Der Anteil der Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Boden am Produktionsertrag und die Verteilung des Volkseinkommens auf verschiedene soziale Klassen (funktionelle und personelle Einkommensverteilung) gehören seit langem zu den zentralen Problemen von Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik. Neben dieser traditionellen Fragestellung gewannen in den letzten

Jahrzehnten neue Aspekte der Einkommensverteilung an Bedeutung, wie die Verteilung der Einkommen auf verschiedene Wirtschaftszweige, auf verschiedene Länder und auf verschiedene regionale Einheiten innerhalb der einzelnen Länder (intersektorale, internationale und interregionale Einkommensverteilung).

In den meisten Volkswirtschaften bestehen zwischen verschiedenen Landesteilen bedeutende Einkommensunterschiede, die sich über längere Zeiträume hartnäckig halten und zum Teil weiter ver-

schärfen, obwohl Güter, Arbeitskräfte und Kapital innerhalb der Staatsgrenzen formal frei beweglich sind. Diese regionalen Einkommensdifferenzen sind nur zum Teil das Ergebnis unterschiedlicher natürlicher Produktionsbedingungen (Bodenschätze, Bodenbeschaffenheit, Klima, natürliche Verkehrswege usw.), sondern gehen in hohem Maße auf Unterschiede in der Ausbildung und Erziehung der Menschen, in der Ausstattung mit Produktiv- und Sozialkapital sowie auf andere Faktoren zurück, die durch die Wirtschaftspolitik gestaltet und gesteuert werden können. Die Vorteile raumplanender wirtschaftspolitischer Maßnahmen (Milderung der regionalen Einkommensunterschiede durch Entwicklung rückständiger Gebiete) werden gegenwärtig in vielen Ländern höher eingeschätzt als ihre möglichen Gefahren (Zersplitterung der nationalen Produktivkräfte, Vernachlässigung natürlicher Standortvorteile, Förderung des regionalen Egoismus).

Die Auseinandersetzung mit den räumlichen Aspekten der Einkommensverteilung wurde in Österreich durch die ungleichen Wiederaufbaubedingungen nach dem zweiten Weltkrieg gefördert. Die Produktionsverlagerungen im Kriege, Kriegsschäden und Demontagen, das Besatzungsregime, die Verteilung der ERP-Mittel bis zum Staatsvertrag, die Stagnation des Osthandels, die enge wirtschaftliche Kooperation mit Westeuropa im Schoße der OEEC, die internationale Fremdenverkehrskonjunktur: diese und andere Faktoren haben den westlichen Landesteilen im allgemeinen günstigere Entwicklungsmöglichkeiten geboten als den östlichen Landesteilen. Zwar ist die regionale Einkommensverteilung gegenwärtig keineswegs ungleichmäßiger als vor dem Kriege. Die spärlich verfügbaren statistischen Unterlagen lassen eher das Gegenteil vermuten. Aber die wirtschaftliche Position der einzelnen Gebiete hat sich verschoben und die Bevölkerung ist „wachstumsbewußter“ geworden. Berufsgruppen, Wirtschaftszweige und wirtschaftliche Regionen, die im „Schatten der Konjunktur“ stehen, wollen Anschluß an den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung finden und fordern wirtschaftspolitische Interventionen, die die Einkommensdifferenzen mildern.

Die österreichische Wirtschaftspolitik hat in den letzten Jahren auf verschiedene Weise versucht, entwicklungsbedürftige Gebiete zu fördern. Betriebe in den östlichen Landesteilen werden seit dem Staatsvertrag bevorzugt mit ERP-Mitteln beteiligt und genießen steuerliche Vorteile (höhere Abschreibungsquoten für Neuinvestitionen). Das Sozialministerium hat einen Informationsdienst ein-

gerichtet, der Unternehmungen berät, die Betriebe in Entwicklungsgebieten errichten wollen. Die im Oktober 1958 gegründete Kommunalbank stellt finanzschwachen Gemeinden billige Kredite für die Aufschließung von Industriegelände zur Verfügung. Im Bundesbudget 1959 wurde zum ersten Male ein Betrag von 100 Mill. S für Investitionen in Entwicklungsgebieten vorgesehen. Auch die Gebietskörperschaften und von ihnen geförderte private Vereine bemühen sich um die Industrialisierung ihrer Gebiete. Diese Bestrebungen tragen begreiflicherweise nur langsam Früchte. Vielfach müssen erst statistische Grundlagen erarbeitet, Erfahrungen gesammelt und schwierige Koordinationsprobleme gelöst werden, bevor aussichtsreiche Entwicklungsprogramme größeren Umfangs verwirklicht werden können.

Die vorliegende Arbeit versucht erstmalig, die regionalen Einkommensunterschiede in Österreich zahlenmäßig zu erfassen und sie aus dem Zusammenwirken bestimmter Faktoren (Erwerbsquote, Wirtschaftsstruktur, Produktivitätsunterschiede) zu erklären. Sie will damit konkrete Vorstellungen vermitteln, welche Bedeutung dem Regionalproblem in Österreich zukommt und statistische Grundlagen für ins einzelne gehende Regionalstudien (etwa für wirtschaftspolitische Zwecke oder für die Marktforschung) schaffen. Als regionale Einheit wurde aus statistischen Gründen das Bundesland gewählt. Für verschiedene Zwecke (etwa für die Raumforschung) wäre eine stärkere regionale Aufgliederung wünschenswert, da vielfach zwischen verschiedenen Gebieten innerhalb eines Bundeslandes große Struktur- und Entwicklungsunterschiede bestehen. Die durch die verfügbaren Statistiken erzwungene Beschränkung auf die Bundesländer läßt andererseits die großen räumlichen Zusammenhänge, wie etwa das West-Ost-Gefälle und die dominierende Stellung Wiens, deutlicher hervortreten als eine stärker regional aufgegliederte Untersuchung.

Ausgangspunkt für die statistische Berechnung war das österreichische Volkseinkommen im Jahre 1957. Die Gesamtgröße wurde zunächst nach einzelnen Einkommensarten (Löhne und Gehälter, landwirtschaftliche Einkommen, Unternehmergewinne, Einkommen aus selbständiger Arbeit usw.) gegliedert und jede einzelne Einkommensart sodann mit geeigneten Schlüsselzahlen, die zumeist aus der Steuer- und Abgabenstatistik, teilweise aber auch aus der Produktionsstatistik stammen, auf die neun Bundesländer aufgeteilt. Einzelheiten der Berechnung sind aus dem letzten Abschnitt der Arbeit zu ersehen.

Obwohl alle verfügbaren statistischen Quellen ausgeschöpft und soweit als möglich durch Kontrollrechnungen überprüft wurden, sind die Ergebnisse unvermeidlich mit Fehlern behaftet. Die Volkseinkommensstatistik enthält noch Unstimmigkeiten, die erst im Laufe der Zeit geklärt und bereinigt werden können, die regionale Aufschlüsselung einzelner Einkommensarten ist schwierig und oft nur annäherungsweise möglich. Die Ergebnisse in dieser Arbeit vermitteln daher nur Größenvorstellungen, die in dem Maße verbessert und korrigiert werden müssen, wie bessere statistische Grundlagen erarbeitet werden.

Die regionalen Unterschiede im pro-Kopf-Einkommen

Zur Charakterisierung der regionalen Einkommensunterschiede wurden zwei Größen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung herangezogen: das Volkseinkommen und die persönlichen Nettoeinkommen (verfügbare persönliche Einkommen), beide je Kopf der Bevölkerung berechnet.

Das *Volkseinkommen* ist die Summe der geldwerten Einkommen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (Leistungseinkommen). In ihm spiegelt sich die Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Entwicklungsreife eines bestimmten Gebietes. Die *persönlichen Nettoeinkommen* sind bereits das Ergebnis eines Verteilungsprozesses. Ein Teil des Volkseinkommens fließt nicht den privaten Haushalten zu, sondern wird als unverteilter Gewinn von Kapitalgesellschaften zurückbehalten oder fällt den öffentlichen Körperschaften als Einkommen aus wirtschaftlicher Tätigkeit zu. Ferner zieht die öffentliche Hand einen Teil der privaten Bruttoeinkommen in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen an sich und gewährt gleichzeitig Transfereinkommen (Pensionen, Renten und öffentliche Unterstützungen) an Personen, die kein oder kein ausreichendes Einkommen aus wirtschaftlicher Tätigkeit beziehen. Die persönlichen Einkommen sind — mit gewissen Einschränkungen, auf die später eingegangen wird — ein Maßstab für den Wohlstand oder den Lebensstandard der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes.

Volkseinkommen

Das österreichische Volkseinkommen betrug im Jahre 1957 98,5 Mrd. S. Davon entfielen mehr als drei Viertel auf die volkreichsten Bundesländer Wien (31,8 Mrd. S), Niederösterreich (16,5 Mrd. S),

Oberösterreich (14,2 Mrd. S) und Steiermark (13,9 Mrd. S). Tirol, Kärnten und Salzburg folgten mit 5,9 Mrd. S, 5,8 Mrd. S und 4,7 Mrd. S. Die der Fläche und der Bevölkerung nach kleinsten Bundesländer Vorarlberg (3,2 Mrd. S) und Burgenland (2,5 Mrd. S) hatten absolut das niedrigste Volkseinkommen.

Übersicht 1

Volkseinkommen und Einwohner nach Bundesländern 1957

	Volkseinkommen		Bevölkerung ¹⁾	
	Mrd. S	%	1 000 Personen	%
Wien	31,85	32,3	1 636,2	23,4
Niederösterreich	16,49	16,8	1 400,1	20,0
Oberösterreich	14,21	14,4	1 105,8	15,8
Steiermark	13,91	14,1	1 119,2	16,0
Tirol	5,89	6,0	438,0	6,3
Kärnten	5,77	5,9	488,1	7,0
Salzburg	4,67	4,7	328,3	4,7
Vorarlberg	3,18	3,2	202,3	2,9
Burgenland	2,53	2,6	280,3	4,0
Österreich	98,50	100,0	6 998,3	100,0

¹⁾ Fortschreibung der Volkszählung 1951 Statistisches Zentralamt

Die absolute Höhe des Volkseinkommens wird maßgeblich durch die Größe und Bevölkerungsdichte der einzelnen Bundesländer bestimmt und besagt daher wenig über ihre relative wirtschaftliche Stärke. Stellt man das Volkseinkommen der Einwohnerzahl gegenüber, so ergibt sich folgende charakteristische Reihenfolge: Die Stadt Wien hatte im Jahre 1957 mit 19 470 S das weitaus höchste Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung. Ihr am nächsten kamen die Bundesländer Vorarlberg (15 700 S) und Salzburg (14 230 S). Unter dem

Übersicht 2

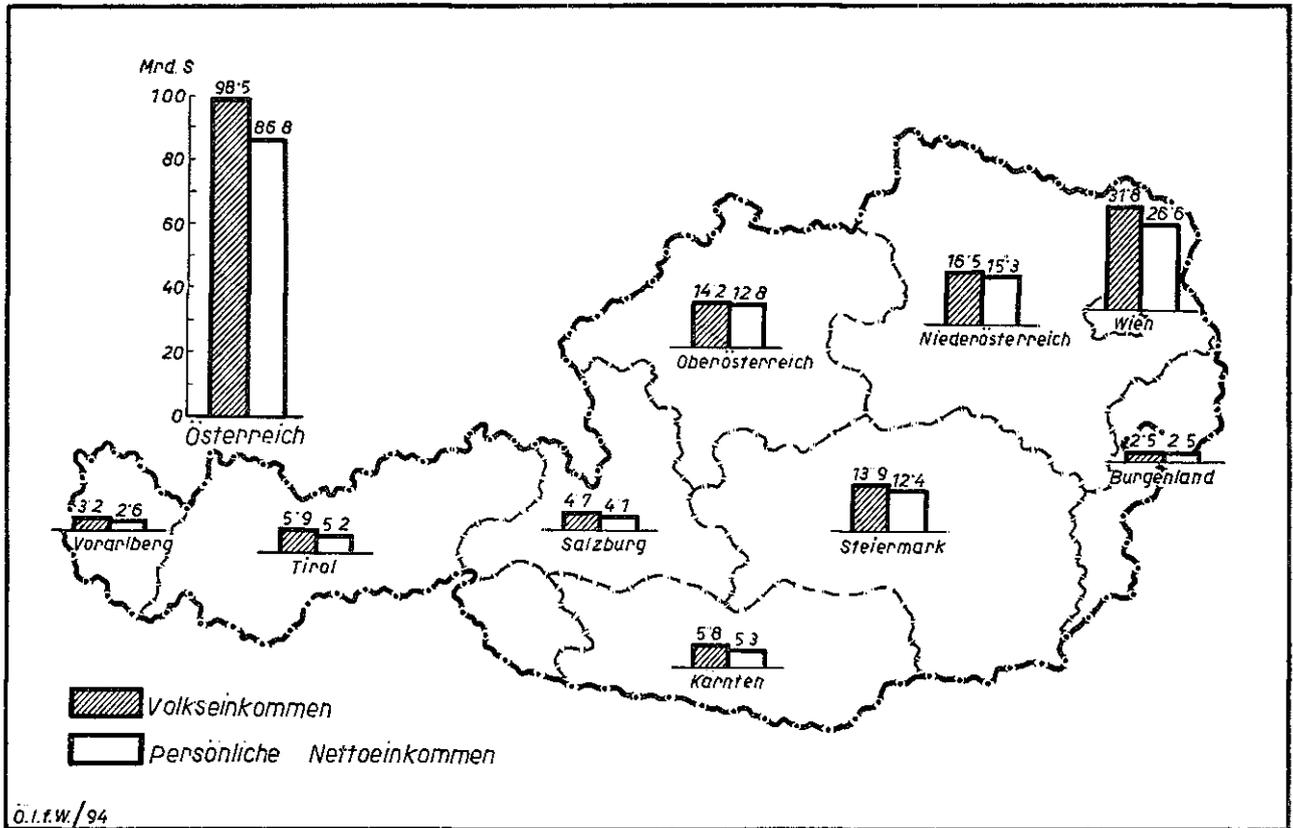
Das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung 1957

	S	Österreich = 100
Wien	19 470	138
Vorarlberg	15 700	111
Salzburg	14 230	101
Tirol	13 440	95
Oberösterreich	12 850	91
Steiermark	12 430	88
Kärnten	11 830	84
Niederösterreich	11 770	84
Burgenland	9 020	64
Österreich	14 075	100

Spanne 1 : 2 : 15
Streuungskoeffizient 20,5%

gesamtosterreichischen Durchschnitt lagen die Einkommen in Tirol (13 440 S), Oberösterreich (12 850 S), Steiermark (12 430 S), Kärnten (11 830 S) und Niederösterreich (11 770 S). Das mit Abstand niedrigste Volkseinkommen pro Kopf (9 020 S) hatte das Burgenland. Zwischen dem ärmsten und dem reichsten Bundesland bestand eine Einkommensspanne

Das Volkseinkommen und die persönlichen Nettoeinkommen 1957



Das Volkseinkommen und die persönlichen Nettoeinkommen sind absolut in Wien am höchsten, dann folgen die flächenmäßig größten Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark. Die kleinsten Bundesländer Vorarlberg und Burgenland haben absolut das niedrigste Volkseinkommen. Auch pro Kopf der Bevölkerung gerechnet hat Wien als Mittelpunkt von Wirtschaft und Verwaltung das höchste Einkommen. Im übrigen besteht ein deutliches West-Ost-Gefälle. In Vorarlberg, Tirol und Salzburg werden höhere Durchschnittseinkommen erzielt als in Oberösterreich, der Steiermark, Kärnten und Niederösterreich. Am niedrigsten ist das pro-Kopf-Einkommen im Burgenland.

von 1 : 2.15, der Streuungskoeffizient der regionalen Einkommen betrug 20.5%¹⁾.

¹⁾ Um die regionale Einkommensverteilung zu charakterisieren, werden in den Übersichten und teilweise auch im Text zwei Streuungsmaße verwendet: die Spanne und der Streuungskoeffizient (Variationskoeffizient). Die Spanne gibt an, wie sich das Durchschnittseinkommen des ärmsten Gebietes zum Durchschnittseinkommen des reichsten Gebietes verhält. Der Streuungskoeffizient entspricht der mittleren quadratischen Abweichung (Standardabweichung) der einzelnen regionalen Durchschnittseinkommen in Prozent des Mittelwertes. Bezeichnet man die Durchschnittseinkommen der einzelnen Gebiete mit X_i , ihr einfaches arithmetisches Mittel mit \bar{X} und die Zahl der regionalen Einheiten mit N , so beträgt die Standardabweichung

$$\sigma = \frac{\sqrt{\sum (X_i - \bar{X})^2}}{N}$$

und der Streuungskoeffizient (Variationskoeffizient)

$$V_\sigma = \frac{100 \sigma}{\bar{X}}$$

Wenn man von Wien absieht, das als Mittelpunkt von Wirtschaft und Verwaltung wie alle Großstädte eine Sonderstellung einnimmt, so ist deutlich ein West-Ost-Gefälle zu erkennen. Die westlichen Bundesländer (Vorarlberg, Tirol, Salzburg) hatten ein um 14% höheres Durchschnittseinkommen als die mittleren Landesteile (Oberösterreich, Kärnten, Steiermark) und diese wieder ein um 10% höheres Einkommen als die östlichen Bundesländer (Niederösterreich, Burgenland). Zwischen Burgenland und Vorarlberg bestand eine Einkommensspanne von 1 : 1.74.

Die regionalen Einkommensdifferenzen spiegeln Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Bundesländer wider, die sich durch einen zeitlichen Vergleich verdeutlichen lassen. Wenn man annimmt, daß das Volkseinkommen pro Kopf künftig in den östlichen Landesteilen um 3% pro Jahr wächst, so würde das Burgenland erst in 15 Jahren das gegenwärtige Durchschnittsein-

kommen des ganzen Bundesgebietes und erst in 19 Jahren das gegenwärtige Durchschnittseinkommen von Vorarlberg erreichen. Unter den gleichen Annahmen beträgt der Rückstand Niederösterreichs gegenüber Vorarlberg mehr als neun Jahre.

Die Durchschnittseinkommen der einzelnen Bundesländer werden maßgeblich dadurch beeinflusst, daß in manchen Gebieten besonders niedrige Einkommen erzielt werden. In Oberösterreich z. B. besteht ein großes regionales Wohlstandsgefälle zwischen dem Industriekeim um Linz und dem Mühlviertel. In Niederösterreich sind das Waldviertel und Teile des alten Wiener Neustädter Industriegebietes, in Kärnten die südlichen und in der Steiermark die südöstlichen Landesteile wirtschaftlich am schwächsten entwickelt oder strukturell notleidend. Die Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Regionen eines Bundeslandes sind vermutlich ebenso groß oder größer als die Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Bundesländern. Der Einfluß einzelner wirtschaftlich schwach entwickelter Gebiete auf das Durchschnittseinkommen des ganzen Bundeslandes läßt sich durch folgenden Vergleich verdeutlichen. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat auf Grund bestimmter Kriterien¹⁾ verschiedene Gebiete als „Entwicklungsgebiete“ erklärt und fördert dort die Ansiedlung von Industrien. Diese Entwicklungsgebiete konzentrieren sich vor allem auf die östlichen, südöstlichen und südlichen Landesteile. In Niederösterreich, Steiermark und Kärnten wohnen 26 bis 47% der Bevölkerung in Entwicklungsgebieten, das Burgenland wurde als Ganzes zum Entwicklungsgebiet erklärt.

Die angeführten pro-Kopf-Einkommen beziehen sich gemäß der regionalen Abgrenzung des Volkseinkommens auf die Leistungseinkommen, die der Bevölkerung eines bestimmten Landesteiles zufließen, unabhängig davon, wo diese Einkommen verdient werden. Die Verdienste der burgenländischen Wanderarbeiter z. B., die in Wien beschäftigt sind, wurden nicht Wien, sondern dem Burgenland zugerechnet. Ebenso gehören die Vermögenserträge

¹⁾ Das Bundesministerium für soziale Verwaltung geht bei der Bestimmung von Entwicklungsgebieten nicht vom Durchschnittseinkommen, sondern hauptsächlich von der Arbeitslosenrate aus. Beide Methoden führen jedoch zu ähnlichen Ergebnissen, da in Gebieten mit niedrigem Durchschnittseinkommen meist Wirtschaftszweige mit starken Saisonschwankungen (Landwirtschaft, Bauwirtschaft und Textilindustrie) überwiegen. Siehe F. Lenert, Wirtschaftlich zurückgebliebene Gebiete und Arbeitslosigkeit in Österreich, in „Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung“, 12 Jg., Nr. 7, S. 494 ff.

Übersicht 3
Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung und
Entwicklungsgebiete 1957

	Volkseinkommen pro Kopf	Bevölkerung in Entwicklungs- gebieten ¹⁾
	S	%
Wien	19.470	0,0
Vorarlberg	15.700	0,0
Salzburg	14.230	5,1
Tirol	13.440	11,9
Oberösterreich	12.850	17,0
Steiermark	12.430	29,5
Kärnten	11.830	46,9
Niederösterreich	11.770	25,9
Burgenland	9.020	100,0
Österreich	14.075	20,3

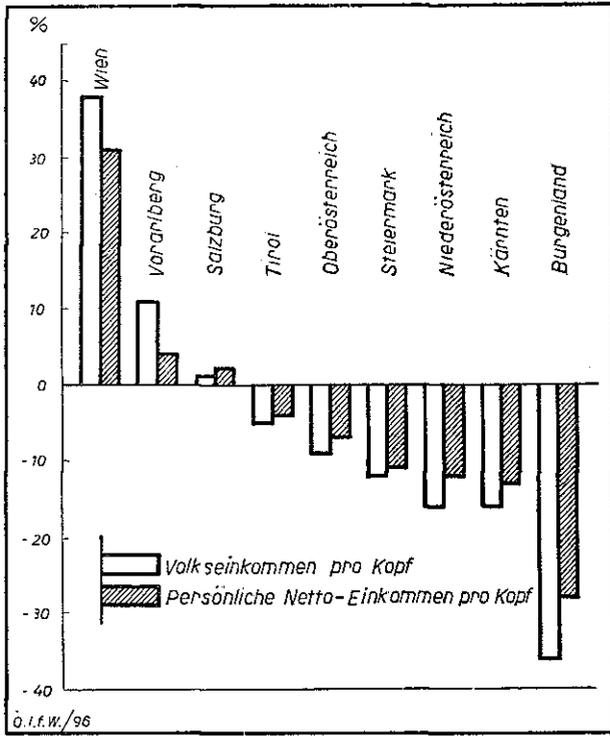
¹⁾ Berechnet laut Volkszählung 1951; Entwicklungsgebiete laut Abgrenzung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.

Wiener Kapitalgeber auch dann zum Wiener Volkseinkommen, wenn sie aus der Beteiligung an einem Betrieb in den Bundesländern stammen. Eine Aufgliederung nach dem regionalen Sitz der Produktion (Netto-Inlandsprodukt zu Faktorenkosten) ergäbe etwas größere regionale Einkommensunterschiede, da gerade den relativ wenig entwickelten Bundesländern Niederösterreich und Burgenland Einkommen durch Wanderarbeiter zufließen, die in anderen Bundesländern, vornehmlich in Wien, beschäftigt sind. Rechnet man das Einkommen der Wanderarbeiter dem Sitz ihrer Arbeitsstätte zu, so erhöht sich die Lohn- und Gehaltssumme Wiens um fast 6% (das Volkseinkommen um 4%), während sie in Niederösterreich um 11% (6%) abnimmt. Im Burgenland stammen sogar 40% des Lohn- und Gehaltseinkommens (16% des Volkseinkommens) aus Wanderarbeit in anderen Bundesländern. Der Mangel an Arbeitsplätzen, der einen namhaften Teil der Bevölkerung dazu zwingt, in anderen Bundesländern Beschäftigung zu suchen, ist eine der wichtigsten Strukturschwächen des Burgenlandes. Der Einfluß der Verdienste aus Wanderarbeit auf die regionale Verteilung des Volkseinkommens wird vermutlich nur zum geringen Teil dadurch ausgeglichen, daß die Kapitalerträge zumeist in umgekehrter Richtung (von wenig entwickelten, kapitalarmen zu hoch entwickelten, kapitalreichen Gebieten) fließen.

Persönliche Nettoeinkommen

Die persönlichen Nettoeinkommen erreichten in Österreich im Jahre 1957 86,8 Mrd. S oder 12.410 S pro Kopf der Bevölkerung. Die regionalen Unterschiede sind geringer als im Volkseinkommen. Die Spanne zwischen dem ärmsten (Burgenland) und dem reichsten Bundesland (Wien) betrug 1 : 1,82 und der Streuungskoeffizient 16,0%. Die Reihen-

Streuung des Volkseinkommens und der persönlichen Nettoeinkommen pro Kopf der Bevölkerung 1959
(Abweichungen vom Bundesdurchschnitt in Prozent)



Sowohl das Volkseinkommen als auch die persönlichen Nettoeinkommen pro Kopf der Bevölkerung sind in Wien und in den westlichen Bundesländern am höchsten und in den östlichen Landesteilen am niedrigsten. Die persönlichen Nettoeinkommen streuen jedoch regional weniger stark als das Volkseinkommen. In Wien lagen im Jahre 1957 die Kopfquoten des Volkseinkommens um 38% und die des persönlichen Nettoeinkommens um 31% über dem Bundesdurchschnitt, im Burgenland dagegen um 36% und 28% darunter.

folge ist die gleiche wie beim Volkseinkommen, nur Niederösterreich schiebt sich knapp vor Kärnten.

Übersicht 4

Das persönliche Nettoeinkommen pro Kopf der Bevölkerung 1957

	S	Österreich = 100	
Wien	16.250	131	Spanne 1: 1 82 Streuungskoeffizient 16 0%
Vorarlberg	12.850	104	
Salzburg	12.610	102	
Tirol	11.950	96	
Oberösterreich	11.590	93	
Steiermark	11.070	89	
Niederösterreich	10.920	88	
Kärnten	10.840	87	
Burgenland	8.950	72	
Österreich	12.410	100	

Die persönlichen Nettoeinkommen streuen regional vor allem deshalb weniger stark als das Volkseinkommen, weil die progressiven direkten

Steuern die Einkommen nivellieren. Gebiete mit hohen Durchschnittseinkommen pro Kopf zahlen im allgemeinen absolut und relativ mehr Steuern als Gebiete mit niedrigerem Durchschnittseinkommen. Die prozentuelle Belastung der pro-Kopf-Einkommen mit direkten persönlichen Steuern und Sozialabgaben betrug im Jahre 1957 in Wien 23 5% und im Burgenland 13 3%. Ein strenger Zusammenhang zwischen durchschnittlichem Einkommen und durchschnittlicher Steuerbelastung pro Kopf besteht allerdings nicht, denn die Steuerleistung hängt nicht nur vom Durchschnittseinkommen, sondern auch von anderen Faktoren ab, wie dem Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, der persönlichen Einkommensverteilung, der unterschiedlichen Besteuerung einzelner Berufsgruppen u a m.

Übersicht 5

Belastung der persönlichen Einkommen mit direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen 1957

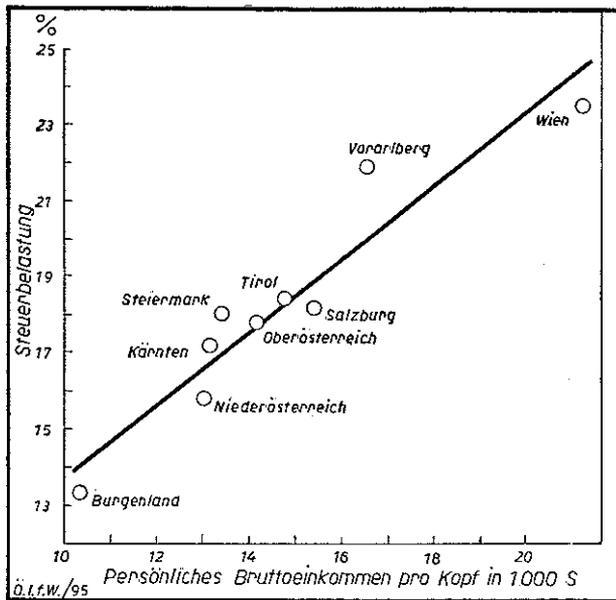
	S je Kopf	Österreich = 100	In % der persönlichen Bruttoeinkommen
Wien	4.990	168	23 5
Vorarlberg	3.600	121	21 9
Salzburg	2.800	94	18 2
Tirol	2.700	91	18 4
Oberösterreich	2.500	84	17 8
Steiermark	2.430	82	18 0
Kärnten	2.260	76	17 2
Niederösterreich	2.050	69	15 8
Burgenland	1.370	46	13 3
Österreich	2.975	100	19 3

Im Gegensatz zur Besteuerung hat die öffentliche Einkommensverteilung im Wege von Transferzahlungen (Pensionen, Renten, öffentliche Unterstützungen) keinen systematischen Einfluß auf die räumliche Verteilung der Einkommen. Wien, das Bundesland mit den höchsten pro-Kopf-Einkommen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, hat gleichzeitig absolut die höchsten Transfereinkommen pro Kopf, während das Burgenland sowohl in bezug auf die Leistungseinkommen als auch in bezug auf die Transfereinkommen an letzter Stelle steht. Die Transfereinkommen verschärfen in diesen beiden Ländern die Einkommensunterschiede, die sich aus dem wirtschaftlichen Leistungsprozeß ergeben. In den übrigen Bundesländern werden zwar die Unterschiede im pro-Kopf-Einkommen durch die Transferzahlungen gemildert, da die reicheren westlichen Bundesländer (Vorarlberg, Tirol, Salzburg) weniger Transfereinkommen beziehen als die anderen Bundesländer, insbesondere Niederösterreich und Steiermark. Diese Unterschiede sind jedoch zufällig und nicht das Ergebnis einer

Steuerbelastung¹⁾ und persönliches Bruttoeinkommen pro Kopf der Bevölkerung 1957
(Normaler Maßstab)

Übersicht 6

Die Transfereinkommen pro Kopf der Bevölkerung 1957



	S	Österreich = 100
Wien	2.724	129
Niederösterreich	2.113	100
Steiermark	1.980	94
Oberösterreich	1.942	92
Kärnten	1.838	87
Salzburg	1.815	86
Tirol	1.667	79
Burgenland	1.563	74
Vorarlberg	1.399	66
Österreich	2.104	100

Regressionsgleichung: $Y' = 4,34 + 0,95 X$
(Standardfehler des Regressionskoeffizienten 0,12)

Korrelationskoeffizient: $r = +0,95$

In Bundesländern mit höheren Durchschnittseinkommen werden im allgemeinen nicht nur absolut, sondern auch relativ mehr direkte Steuern und Sozialabgaben gezahlt als in Bundesländern mit niedrigerem Durchschnittseinkommen. Die Steuerbelastung betrug im Jahre 1957 im Burgenland 13,3% und in Wien 23,5% der persönlichen Bruttoeinkommen

¹⁾ Direkte Steuern der Haushalte und Sozialversicherungsbeiträge in Prozent der persönlichen Bruttoeinkommen

bewußten räumlichen Einkommenspolitik Öffentliche Pensionen und Unterstützungen werden nach persönlichen Kriterien (Anspruch, Bedürftigkeit) gewährt, unabhängig davon, ob die Bezieher von Transfereinkommen in reichen oder armen Bundesländern wohnen. Wie viele Transfereinkommen ein Bundesland bezieht, hängt nicht nur vom durchschnittlichen Einkommen pro Kopf ab, sondern vom Altersaufbau der Bevölkerung, der Berufsgliederung (öffentlich Bedienstete haben höhere Versorgungsansprüche als Arbeiter und Angestellte der Privatwirtschaft), der Arbeitslosenrate und den räumlichen Präferenzen der Rentner und Pensionisten. Der besonders hohe Anteil der Transfereinkommen in Niederösterreich z. B. kann großteils damit erklärt werden, daß sich viele Wiener nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben in ländliche Gegenden zurückziehen, die den älteren Menschen Ruhe und Erholung sowie billigere Versorgungsmöglichkeiten bieten.

Die Unterschiede in der räumlichen Streuung von Volkseinkommen und persönlichen Nettoeinkommen beleuchten nur einen Teilaspekt der Beziehungen zwischen öffentlicher Finanzwirtschaft und regionaler Einkommensverteilung. Um den Gesamteffekt der öffentlichen Haushalte auf die räumliche Ordnung der Wirtschaft beurteilen zu können, genügt es nicht, zu wissen, wie die (als gegeben angenommene) Verteilung des Volkseinkommens durch direkte Steuern und Transferzahlungen modifiziert wird. Man muß auch berücksichtigen, wie die öffentlichen Ausgaben die regionale Entstehung des Volkseinkommens beeinflussen. Zahlreiche öffentliche Ausgaben verstärken oder erleichtern zumindest regionale Einkommensballungen. Beispiele hierfür sind etwa die Konzentration der höheren Beamten in den Verwaltungszentren oder die vergleichsweise weit höheren öffentlichen Ausgaben für Straßen, Polizei, Kanalisation, sanitäre Anlagen und andere öffentliche Einrichtungen in größeren Orten. In den Städten werden, wie später näher ausgeführt wird, höhere Durchschnittseinkommen erzielt und mehr Steuern gezahlt als auf dem Land. Gleichzeitig ist jedoch ein hoher und ständig wachsender Strom öffentlicher Ausgaben nötig, um die wirtschaftlichen Vorteile der Städte (einheitlicher Arbeitsmarkt, wechselseitige Ergänzung verschiedener Produktionszweige, bessere Ausnutzung des verfügbaren Sozialkapitals, höhere Produktivität durch bessere Ausbildungsmöglichkeiten und enge Kontakte) zu erhalten und zu sichern.

Die pro-Kopf-Einkommen der Gemeinden sowohl für laufende Zwecke als auch für Investitionen sind in größeren Orten weit höher als in kleinen. Im Jahre 1951 z. B. betragen die Rohausgaben der Verwaltung in Gemeinden bis 1.000 Einwohner nur 256 S, in Städten mit 50.000 bis 250.000 Einwohner jedoch 936 S und in Wien 1.135 S je Kopf der Bevölkerung. Die baulichen Investitionen erreichten in den gleichen Größenklassen 93 S, 207 S und 429 S

je Kopf der Bevölkerung¹⁾. Eine volkswirtschaftliche Kostenrechnung würde möglicherweise ergeben, daß die zufolge höherer Einkommen größere Steuerleistung der städtischen Bevölkerung nur ausreicht, die höheren gesellschaftlichen und sozialen Lasten der Städte zu finanzieren und nichts oder nur wenig für einen echten regionalen Einkommensgleich übrig bleibt²⁾.

Übersicht 7

Ausgaben der Gemeinden je Einwohner 1951

Gemeindegröße (Einwohner)	Rohausgaben der engeren Hoheitsverwaltung S pro Einwohner	Bauliche Investitionen
Wien	1 135	429
50 001—250 000	936	207
20 001—50 000	838	289
10 001—20 000	732	276
5 001—10 000	634	271
2 501—5 000	459	206
1 001—2 500	311	124
bis 1 000	256	93
Bundesdurchschnitt	646	235

Nach R. Wilhelm und E. Mayrhofer, Länder und Gemeinden im Staatshaushalt Kommunale Schriftenreihe, Bd 1, Graz 1953

Die regionale Streuung der persönlichen Nettoeinkommen läßt deutliche Unterschiede im Lebensstandard (im Realeinkommen) zwischen den einzelnen Bundesländern erkennen. Zwei Einschränkungen sind allerdings nötig. Zunächst ist das Preisniveau in den einzelnen Landesteilen nicht gleich hoch. Größere Unterschiede bestehen vor allem zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Der Selbstverbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung an Nahrungsmitteln wird in der Statistik des Volkseinkommens zu Erzeugerpreisen bewertet, während die städtischen Konsumenten Nahrungsmittel zu Verbraucherpreisen erwerben müssen. Auch verschiedene auf dem Markt gekaufte heimische Nahrungsmittel (z. B. Gemüse, Eier) sowie zahlreiche Dienstleistungen sind auf dem Lande billiger als in den Städten und Industriegebieten. Diese Preisniveauunterschiede werden nur teilweise dadurch ausgeglichen, daß einzelne Industrieprodukte in entfernten ländlichen Gebieten transportkostenbedingt teurer sind als in unmittel-

¹⁾ Die höheren öffentlichen Ausgaben in größeren Gemeinden sind allerdings nicht nur Ursache, sondern auch Folge des höheren Lebensstandards. Große Gemeinden geben pro Kopf mehr aus als kleine, weil die Sicherung der privaten Einkommen in den Städten einen größeren öffentlichen Aufwand erfordert (soziale Produktionskosten) und mit steigendem Lebensstandard der Bevölkerung der Bedarf an öffentlichen Leistungen wächst (öffentlicher Konsum).

²⁾ Siehe hierzu K. Littmann, Raumwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzpolitik, Finanzarchiv, Band 19, Heft 3, Jübingen 1959, S. 367 ff.

Übersicht 8

Die persönlichen Nettoeinkommen pro Kopf der Bevölkerung zu Verbraucherpreisen 1957¹⁾

	S	Oster- reich = 100
Wien	16 260	128
Vorarlberg	13 080	103
Salzburg	12 900	102
Tirol	12 280	97
Oberösterreich	11 930	94
Steiermark	11 450	90
Niederösterreich	11 300	89
Kärnten	11 160	88
Burgenland	9 500	75
Osterreich	12 690	100

Spanne 1 : 1 71
Streuungskoeffizient 14 3%

¹⁾ Selbstverbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung bewertet zu Verbraucherpreisen.

barer Nähe der Produktionsstätten. Die meisten industriellen Konsumgüter (vor allem Markenartikel) werden unabhängig von den Transportkosten im ganzen Bundesgebiet zu einheitlichen Preisen angeboten. Die echten Wohlstandsunterschiede (Unterschiede im Realeinkommen) zwischen städtischen (industriellen) und ländlichen (landwirtschaftlichen) Gebieten sind daher geringer als die Unterschiede im Geldeinkommen pro Kopf.

Wird der Verbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung (Selbständige und Unselbständige) an selbst erzeugten Nahrungsmitteln statt zu Erzeugerpreisen zu Verbraucherpreisen bewertet, so erhält man eine etwas geringere Streuung der regionalen Einkommen. Die Spanne zwischen Burgenland und Wien vermindert sich in diesem Fall von 1 : 1 82 auf 1 : 1 71 und der Streuungskoeffizient von 16 0% auf 14 3%.

Ferner sind Haushaltsgröße und Altersaufbau der Bevölkerung zu berücksichtigen. Größere Haushalte können bei gleichem Einkommen pro Kopf besser wirtschaften als kleine Haushalte, weil die Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnung, Beheizung, Beleuchtung und verschiedene dauerhafte Konsumgüter, wie Möbel, Haushaltsgeräte und Kraftfahrzeuge, nicht proportional mit der Kopffzahl steigen („economies of scale“). Der Einfluß der Haushaltsgröße auf den Lebensstandard ist vor allem bei einem Vergleich zwischen Wien und den anderen Bundesländern zu berücksichtigen. Nach der Volkszählung 1951 entfielen auf einen Haushalt in Wien durchschnittlich nur 2 4 Personen, in den übrigen Bundesländern jedoch 3 2 bis 3 8 Personen. Infolge der unterschiedlichen Haushaltsgröße weicht der Lebensstandard in Wien weniger von dem der übrigen Bundesländer ab, als die Streuung der persönlichen Einkommen vermuten läßt. Das gleiche gilt für den Altersaufbau der Bevölkerung. Die Ausgaben für Kinder sind im allgemeinen geringer

Übersicht 9

Realeinkommensunterschiede zwischen Wien und den übrigen Bundesländern 1957

	Persönliche Nettoeinkommen pro Kopf der Bevölkerung nominell	zu Verbraucherpreisen	unter Berücksichtigung von Haushaltsgröße und Altersaufbau ¹⁾
Wien	144,6	140,2	124,9
Bundesländer ohne Wien	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Bevölkerung umgerechnet auf Konsumeinheiten nach Wiener Schema und unter Berücksichtigung einer Haushaltsgrößenelastizität des Realeinkommens pro Kopf von 0,1

als die für erwachsene Personen in Wien waren im Jahre 1951 nur 16% der Wohnbevölkerung jünger als 14 Jahre, in den übrigen Bundesländern jedoch 22 bis 27%.

Der Einfluß von Haushaltsgröße und Altersaufbau läßt sich grob schätzen, wenn man die Bevölkerung nach dem sogenannten Wiener Schema¹⁾ auf Konsumeinheiten umrechnet und die Elastizität des Realeinkommens in bezug auf die Haushaltsgröße in Anlehnung an ausländische Berechnungen mit 0,1 beziffert²⁾. Unter diesen Annahmen verhielt sich im Jahre 1957 das Realeinkommen der Bevölkerung zwischen den Bundesländern und Wien wie 1 : 1,25, während für das persönliche Nettoeinkommen pro Kopf eine Spanne von 1 : 1,45 und selbst nach Ausschaltung der Preisniveau-Unterschiede eine Spanne von 1 : 1,40 berechnet wurde.

¹⁾ Nach dem Wiener Schema entspricht die Bevölkerung verschiedenen Alters und Geschlechts folgenden Konsumeinheiten:

Alter in Jahren	Konsumeinheiten	
0—3	0,1	
4—6	0,2	
7—9	0,3	
10—12	0,4	
13—14	0,5	
	m	w.
15—16	0,7	0,6
17—18	0,9	0,7
19 u m	1,0	0,8

Dieses Schema wurde auf Grund normativer Vorstellungen über den Bedarf verschiedener Altersgruppen (für Nahrungsmittel z. B. nach ernährungs-physiologischen Erkenntnissen) entwickelt und deckt sich nicht notwendigerweise mit dem tatsächlichen Verhalten der Konsumenten. Ökonometrische Untersuchungen lassen jedoch vermuten, daß die Abweichungen nicht allzu groß sind. Siehe H. Wold, Demand Analysis, New York, 1953, S. 224.

²⁾ Das bedeutet, daß das Realeinkommen um 10% zunimmt, wenn sich die Haushaltsgröße verdoppelt (z. B. von 2 auf 4 Personen) und das nominelle Einkommen pro Kopf unverändert bleibt. S. S. Prais und H. S. Houthakker (The Analysis of Family Budgets, Cambridge 1955, S. 150) haben auf Grund englischer Konsumstatistiken von 1937/39 eine Haushaltsgrößenelastizität des Realeinkommens pro Kopf von 0,13 ermittelt.

Internationaler Vergleich

Die Bedeutung des Regionalproblems in Österreich läßt sich durch einen Vergleich mit anderen Ländern veranschaulichen. Zu diesem Zweck wurden regionale Einkommensdaten für die entwickelten Industrieländer USA, Frankreich und Deutschland sowie für Jugoslawien herangezogen. Die Zahlen sind allerdings nicht ganz vergleichbar. Einmal wurden die regionalen Einheiten nach administrativen Gesichtspunkten (Bundesländer, Staaten, Departments, Volksrepubliken) und nicht nach einheitlichen ökonomischen Gesichtspunkten abgegrenzt. Eine andere regionale Gliederung ergäbe vermutlich etwas andere Ergebnisse. Zum anderen wurden die Einkommen nicht immer gleich definiert (Netto-Inlandsprodukt zu Faktorenkosten, Volkseinkommen, persönliche Einkommen). Die Wahl des Einkommensbegriffes beeinflusst nicht nur die Höhe der Durchschnittseinkommen, sondern auch ihre regionale Streuung. Nach den Erfahrungen in Österreich, die durch ausländische Untersuchungen bestätigt werden, streut das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorenkosten regional stärker als das Volkseinkommen und dieses wieder stärker als die persönlichen Einkommen.

Trotz diesen Einschränkungen vermittelt der internationale Vergleich einige wichtige Erkennt-

Übersicht 10

Regionale Streuung der pro-Kopf-Einkommen in verschiedenen Staaten

Land	Jahr	Einkommensart	Regionale Einheiten	Spanne	Streuungskoeffizient in %
Österreich	1957	Volkseinkommen	9 Bundesländer	1:2,2	20,5
Österreich	1957	Persönl. Einkommen	9 Bundesländer	1:1,8	16,0
Deutsches Reich	1936	Volkseinkommen	25 Länder	1:2,6	24,4
Bundesrep. Deutschl.	1955	Netto-Inlandsprodukt ¹⁾	9 Bundesländer	1:2,2	27,2
USA	1929—1950 ²⁾	Persönl. Einkommen	48 Staaten	1:3,2	26,5
Frankreich	1951 ³⁾	Persönl. Einkommen	89 Departments	1:2,7	19,9
Jugoslawien	1955	Volkseinkommen	6 Volksrep.	1:3,3	43,1

¹⁾ Zu Faktorenkosten — ²⁾ Die regionale Streuung der Einkommen in den USA hat sich in den letzten 20 Jahren merklich verringert. Im Jahre 1929 betrug der Streuungskoeffizient 35,2%, im Jahre 1950 jedoch nur noch 22,7%. — ³⁾ Ohne Korsika, dessen Pro-Kopf-Einkommen um 70% unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Q.: Österreich: Berechnung des Institutes für Wirtschaftsforschung. — Deutsches Reich: Wirtschaft und Statistik, Berlin 1939, S. 565. — Bundesrepublik Deutschland: Wirtschaft und Statistik Wiesbaden 1957, S. 595 ff. — USA: Regional Income Studies in Income and Wealth, Vol. XXI, New York 1957, S. 138. — Frankreich: L'Espace Economique Français, Etudes et Conjoncture, Paris 1955, S. 85. — Jugoslawien: Statistisches Taschenbuch Jugoslawiens, Belgrad 1958, S. 30 und 46.

nisse Die regionale Streuung der Einkommen in Österreich ist zumindest nicht größer, wahrscheinlich jedoch etwas geringer als in den entwickelten

Industrieländern. Die Spanne zwischen den Gebieten mit den niedrigsten und den höchsten Einkommen pro Kopf der Bevölkerung betrug in der Bundesrepublik Deutschland 1 : 2,2, im Deutschen Reich der Zwischenkriegszeit 1 : 2,6, in Frankreich 1 : 2,7 und in den USA 1 : 3,2. Der Streuungskoeffizient schwankte zwischen 20% und 27%. In den unterentwickelten Ländern bestehen zum Teil viel größere regionale Einkommensunterschiede. In Jugoslawien z. B. hatte im Jahre 1955 Slowenien ein 3,3mal so hohes Volkseinkommen pro Kopf wie Montenegro. Zwischen einzelnen Bezirken bestanden sogar Einkommensspannen von 1 : 17. Die vergleichsweise schwächere regionale Streuung der Einkommen in Österreich kann nicht mit seiner geringen räumlichen Ausdehnung erklärt werden — die regionalen Einkommensdifferenzen sind in kleinen Gebieten oft größer als in weiträumigen¹⁾ —, sondern läßt den Schluß zu, daß das Wirtschaftsgebiet in Österreich trotz zahlreichen Unterschieden im einzelnen aus wirtschaftlichen, politischen und historischen Gründen einheitlicher (stärker integriert) ist als in vielen anderen Staaten

Es ist weiters bemerkenswert, daß in allen verglichenen Staaten ebenso wie in Österreich ein deutliches regionales Einkommensgefälle besteht. Im Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches hatten die westlichen Provinzen das höchste und die östlichen Provinzen das niedrigste Einkommen pro Kopf der Bevölkerung, in Frankreich fällt das Einkommen stetig vom Norden nach dem Süden. In den USA ist das pro-Kopf-Einkommen im Staate New York am höchsten und sinkt mit zunehmender Entfernung von diesem Gebiet. Das ausgeprägte regionale Einkommensgefälle der einzelnen Staaten ist offenbar kein Zufall, sondern läßt auf tieferliegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Kräfte schließen, die die räumliche Ordnung großer Gebiete bestimmen²⁾.

¹⁾ Für 7 Staaten im Südosten der USA betrug der Streuungskoeffizient der pro-Kopf-Einkommen 22,4%, während für die Verwaltungsbezirke innerhalb dieser Staaten Streuungskoeffizienten von 30,1% bis 38,2% ermittelt wurden. Siehe *F. A. Hanna*, *Analysis of Interstate Income Differentials*, in *Regional Income, Studies in Income and Wealth*, Vol. XXI, New York 1957, S. 115

²⁾ Vergleiche hiezu die Raumtheorie von *A. Predöhl*. Er erklärt die Bildung wirtschaftlicher Schwerpunkte damit, daß sich die Industrien in der Nähe bedeutender Kohlen- und Erzvorkommen ballen. Diese industriellen Kerngebiete bestimmen die räumliche Ordnung ganzer Kontinente. Mit der Entfernung von den wirtschaftlichen Gravitationszentren sinken Bevölkerungsdichte, wirtschaftliche Intensität und Einkommen.

Bestimmungsgründe der regionalen Einkommensunterschiede

Regionale Unterschiede im pro-Kopf-Einkommen können statistisch auf drei Elemente zurückgeführt werden:

- a) Unterschiede in der Erwerbsquote (Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung),
- b) Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur (Verteilung der Erwerbstätigen auf Wirtschaftszweige und Branchen mit unterschiedlicher Wertschöpfung pro Beschäftigten),
- c) Unterschiede im Einkommen pro Erwerbstätigen für gleichartige wirtschaftliche Tätigkeiten („echte“ regionale Einkommensunterschiede).

Die statistische „Erklärung“ der regionalen Einkommen pro Kopf aus Erwerbsquote, Wirtschaftsstruktur und „echten“ regionalen Einkommensunterschieden bietet Ansatzpunkte und Hinweise für umfassendere Studien, die die regionale Einkommensverteilung aus ihren vielfältigen wirtschaftlichen, soziologischen, psychologischen und historischen Wurzeln zu erklären versuchen³⁾.

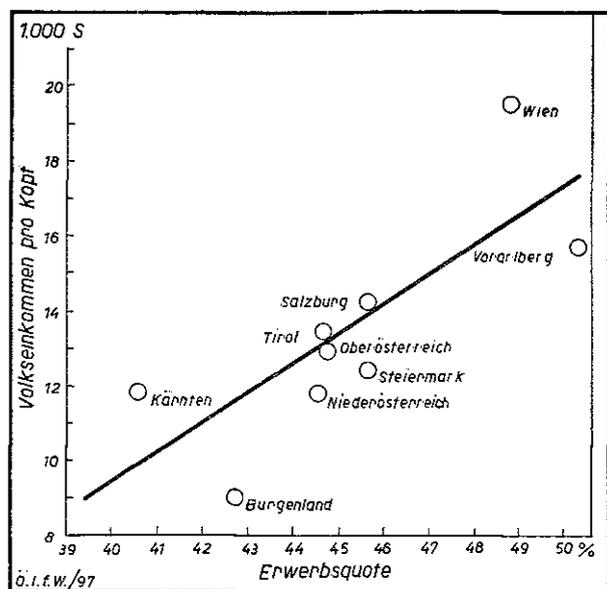
Erwerbsquote

Eine Volkswirtschaft oder eine Region kann unter sonst gleichen Umständen um so mehr produzieren, je mehr Arbeitskräfte produktiv tätig sind. Es liegt daher nahe, regionale Unterschiede im Volkseinkommen pro Kopf zunächst daraufhin zu untersuchen, wie weit sie durch regionale Unterschiede in der Erwerbsquote (Anteil der Berufstätigen an der Gesamtbevölkerung) verursacht wurden.

Die statistische Ermittlung vergleichbarer Erwerbsquoten begegnet allerdings einer grundsätzlichen Schwierigkeit. In der Landwirtschaft helfen alle Frauen im erwerbsfähigen Alter im Betrieb mit, während in den städtischen Haushalten nur ein Teil der Frauen einem Beruf nachgeht. Nach der Volkszählung 1951 waren in der Landwirtschaft 71% in den anderen Wirtschaftszweigen aber nur 25% der weiblichen Wohnbevölkerung berufstätig. Andererseits müssen die mithelfenden Familienmitglieder in der Landwirtschaft (vor allem die Bäuerinnen) oft einen Großteil ihrer Arbeitskraft dem bäuerlichen Haushalt widmen und stehen nur teilweise dem Betrieb zur Verfügung. Berufstätige Frauen in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben da-

³⁾ Siehe hiezu insbesondere *H. Giersch*, *Probleme der regionalen Einkommensverteilung*, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge Bd. 14, Berlin 1959, S. 86 ff

Volkseinkommen pro Kopf und Erwerbsquote 1957
(Normaler Maßstab)



Die Erwerbsquoten 1957

Übersicht 11

	Zahl der Erwerbstätigen ¹⁾ 1 000 Personen	in % der Bevölkerung
Wien	798 3	48 8
Vorarlberg	101 8	50 3
Salzburg	149 8	45 6
Tirol	195 6	44 6
Oberösterreich	494 4	44 7
Steiermark	510 8	45 6
Kärnten	198 3	40 6
Niederösterreich	623 7	44 5
Burgenland	119 7	42 7
Österreich	3.192'3	45'6

¹⁾ Zahl der Erwerbstätigen einschließlich mithelfender Familienmitglieder ohne Arbeitslose Unselbständig Beschäftigte laut Sozialversicherungsstatistik 1957 (korrigiert um die Wanderarbeiter), Land- und Forstwirte laut Volkszählung 1951, umgerechnet auf Vollarbeitskräfte und fortgeschrieben bis 1957 nach den Ergebnissen der land- und forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft, Gewerbetreibende und freie Berufe laut Volkszählung 1951

Regressionsgleichung: $Y' = -22.21 + 0.79 X$ (0.24)
Korrelationskoeffizient $r = +0.78$

In den verhältnismäßig reichen Bundesländern Wien und Vorarlberg ist ein größerer Teil der Bevölkerung erwerbstätig als in den relativ armen Bundesländern Kärnten und Burgenland. Ein Teil der regionalen Unterschiede im pro-Kopf-Einkommen kann somit damit erklärt werden, daß in den einzelnen Bundesländern aus demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen ein verschieden hoher Teil der Bevölkerung erwerbstätig ist. Der Zusammenhang zwischen Erwerbsquote und Volkseinkommen pro Kopf ist jedoch, wie der Korrelationskoeffizient zwischen beiden Größen zeigt, nicht sehr eng. Ein Großteil der regionalen Einkommensunterschiede hat andere Ursachen

hatte Kärnten mit 40.6% eine besonders niedrige Erwerbsquote. In den übrigen Bundesländern schwankte der Anteil der Berufstätigen an der Wohnbevölkerung nur wenig um den Bundesdurchschnitt. (Die verhältnismäßig niedrige Erwerbsquote des Burgenlandes geht vermutlich auf Unstimmigkeiten im statistischen Material zurück¹⁾)

Da die relativ reichen Bundesländer Wien und Vorarlberg gleichzeitig die höchsten Erwerbsquoten aufweisen, kann zumindest ein Teil des hohen Volkseinkommens pro Kopf dieser Gebiete auf einen relativ stärkeren Einsatz von Arbeitskräften zurückgeführt werden. Das Umgekehrte gilt für das Burgenland, sofern die ermittelte Erwerbsquote richtig ist. Für die übrigen Bundesländer ist kein deutlicher Zusammenhang zwischen Erwerbsquote und Volkseinkommen pro Kopf erkennbar²⁾. Schaltet man den Einfluß der Erwerbsquote aus, indem man das Volkseinkommen nicht pro Kopf der Bevölkerung, sondern pro vollbeschäftigten Erwerbstätigen berechnet, dann werden die regionalen Einkommensunter-

gegen sind meist vollbeschäftigt. Würde man die Unterschiede in der Arbeitszeit vernachlässigen und nur die Zahl der Erwerbstätigen zum Vergleich heranziehen, so wären die Erwerbsquoten landwirtschaftlicher Gebiete im Vergleich zu den Erwerbsquoten städtischer Gebiete überhöht. Um die landwirtschaftlichen und städtischen Erwerbsquoten vergleichbar zu machen, wurde mit Hilfe der Buchführungsergebnisse aus bäuerlichen Betrieben versucht, den Einsatz landwirtschaftlicher Arbeitskräfte auf Vollarbeitskräfte umzurechnen. Die Reduzierung auf Vollarbeitskräfte ist allerdings unvermeidlich sehr grob und geht vermutlich nicht weit genug.

Auf Vollarbeitskräfte umgerechnet waren im Jahre 1957 45.6% der österreichischen Bevölkerung berufstätig (ohne Arbeitslose). Nennenswert über diesen Prozentsatz lag die Erwerbsquote in Vorarlberg (50.3%) und in Wien (48.8%). Andererseits

¹⁾ Die Erwerbsquote des Burgenlandes ist aus verschiedenen Gründen ungenau. Einmal überwiegt im Burgenland die landwirtschaftliche Bevölkerung, deren Vollarbeitskräfte nur annäherungsweise ermittelt werden konnten. Zum anderen deckt sich die regionale Abgrenzung der unselbständig Beschäftigten nicht mit der der Wohnbevölkerung. Zu den unselbständig Beschäftigten des Burgenlandes wurden nur jene Arbeiter und Angestellten gerechnet, die entweder im Burgenland beschäftigt sind oder als Tages- oder Wochenpendler von der Statistik der Pendelwanderung erfaßt wurden. Zur Wohnbevölkerung dagegen zählen auch jene Burgenländer, die in anderen Bundesländern vorübergehend Arbeit und Unterkunft gefunden haben.

²⁾ Der Korrelationskoeffizient zwischen der Erwerbsquote und dem Volkseinkommen pro Kopf in den einzelnen Bundesländern ist mit +0.78 nicht sehr hoch. Das läßt vermuten, daß außer der Erwerbsquote andere Faktoren die regionale Einkommensverteilung maßgeblich beeinflussen.

Übersicht 12

Das Volkseinkommen pro Erwerbstätigen 1957¹⁾

	S	Öster- reich = 100	
Wien	39 900	129	Spanne 1: 1 87 Streuungskoeffi- zient 15'8%
Vorarlberg	31 200	101	
Salzburg	31 190	101	
Tirol	30 100	98	
Kärnten	29 110	94	
Oberösterreich	28 740	93	
Steiermark	27 250	88	
Niederösterreich	26 430	86	
Burgenland	21 120	69	
Österreich	30 660	100	

¹⁾ Umgerechnet auf Vollarbeitskräfte

schiede im ganzen geringer. Der Streuungskoeffizient beträgt in diesem Fall 15'8% und die Spanne zwischen dem niedrigsten und dem höchsten regionalen Durchschnittseinkommen 1:1'87. Die Reihenfolge der einzelnen Bundesländer bleibt gleich, nur Kärnten schiebt sich vom 7. auf den 4. Platz.

Die verhältnismäßig hohe Erwerbsquote Wiens erklärt sich teilweise aus der Altersstruktur der Bevölkerung. Im Jahre 1951 standen in Wien 71'4% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), gegen 66'5% in den übrigen Bundesländern. Dieser hohe Anteil erwerbsfähiger Personen wird dadurch ermöglicht, daß ständig Arbeitskräfte aus den Bundesländern nach Wien wandern. Von 1951 bis Ende 1957 hat Wien durch die natürliche Bevölkerungsbewegung (Überschuß der Todesfälle über die Geburten) 84 000 Personen verloren, gleichzeitig aber 103 000 Personen durch Zuwanderung gewonnen. Ohne den Bevölkerungszustrom aus den Bundesländern würde die Bevölkerung Wiens sinken und der Anteil alter Leute im rentenfähigen Alter auf Kosten der Erwerbsquote wachsen. Etwas überspitzt läßt sich dieser Zusammenhang wie folgt ausdrücken: Die bevölkerungspolitischen Voraussetzungen für das hohe pro-Kopf-Einkommen Wiens werden zum Teil von den Bundesländern geschaffen, indem sie die individuellen und sozialen Kosten der Erziehung jener Menschen tragen, die im erwerbsfähigen Alter nach Wien abwandern und zum hohen pro-Kopf-Einkommen der Bundeshauptstadt beitragen. Umgekehrt erklärt sich die besonders niedrige Erwerbsquote Kärntens zum Teil aus dem großen Kinderreichtum und einer dementsprechend verhältnismäßig geringen Zahl erwerbsfähiger Personen. (Im Jahre 1951 waren 27% der Kärntner Wohnbevölkerung weniger als 15 Jahre alt, gegen nur 16% in Wien.)

Außer dem Altersaufbau der Bevölkerung beeinflussen Umfang und Struktur des Stellenangebotes die Erwerbsquote. Wenn viel Arbeitskräfte

benötigt werden, ist nicht nur die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit gering, sondern es werden auch zusätzliche Arbeitskräfte mobilisiert, die sich unter weniger günstigen Arbeitsmarktbedingungen nicht um eine Stelle beworben hätten. Die besonders hohe Erwerbsquote Vorarlbergs geht zumindest teilweise auf das quantitativ und qualitativ günstige Stellenangebot zurück. In Vorarlberg waren im Jahre 1957 nur 0'4% der Bevölkerung (1'0% des Angebotes an unselbständigen Arbeitskräften) arbeitslos, im Burgenland dagegen 2'4%.

Übersicht 13

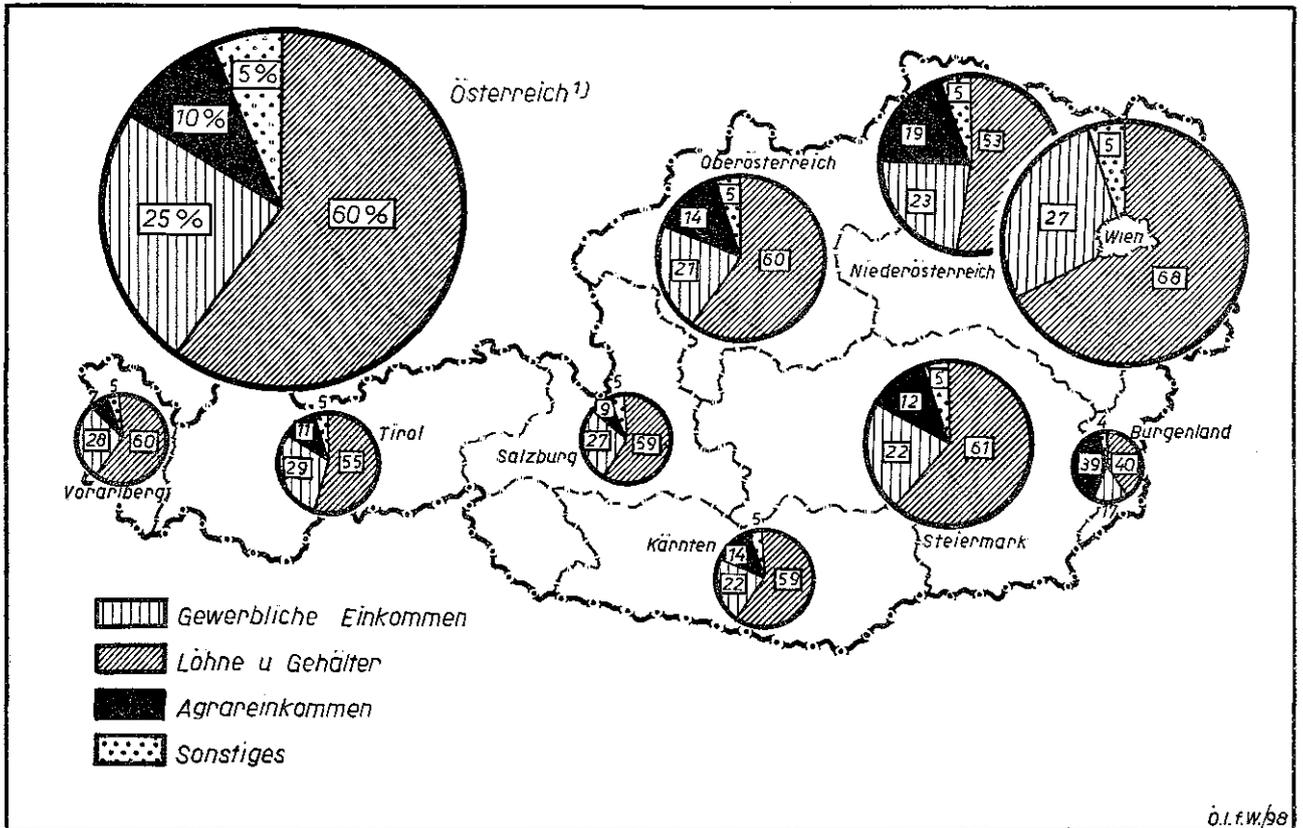
Bestimmungsgründe der Erwerbsquoten

	Personen im erwerbs- fähigen Alter ¹⁾ (15 bis 64 Jahre) in % der Bevölkerung	Vorgemerkte Arbeit- suchende ²⁾
Wien	71	2 1
Vorarlberg	66	0 4
Salzburg	67	1 1
Tirol	65	1 4
Oberösterreich	67	1 4
Steiermark	66	1 4
Kärnten	65	1 9
Niederösterreich	67	1 6
Burgenland	68	2 4
Österreich	68	1 6

¹⁾ Laut Volkszählung 1951. — ²⁾ 1957

Schließlich beeinflußt die Wirtschaftsstruktur die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und damit die Erwerbsquote. Es wurde bereits erwähnt, daß nach der Volkszählung 1951 die Erwerbsquote der Frauen in der Landwirtschaft fast dreimal so hoch war wie in den übrigen Wirtschaftszweigen. Auch nach Umrechnung auf Vollarbeitskräfte verbleibt noch ein großer Unterschied. Unter diesen Umständen wäre zu erwarten gewesen, daß Bundesländer mit vorwiegend landwirtschaftlicher Struktur die höchsten Erwerbsquoten aufweisen. Tatsächlich verhält es sich gerade umgekehrt. Wien und Vorarlberg, die am stärksten industrialisierten Bundesländer, haben die höchsten Erwerbsquoten. Die Erklärung hierfür liegt teilweise darin, daß in Wien und in Vorarlberg die Frauenarbeit in der gewerblichen Wirtschaft eine weit größere Bedeutung besitzt als in den übrigen Bundesländern. Nach der Volkszählung 1951 war in diesen beiden Bundesländern ein Drittel der nicht der Landwirtschaft zugehörigen Frauen erwerbstätig, im Burgenland aber nur 17% (Seit 1951 dürfte vor allem in Wien die Frauenarbeit weiter stark zugenommen haben.) Der hohe Anteil der Frauen in der gewerblichen Wirtschaft Wiens und Vorarlbergs hängt teilweise mit der Wirtschaftsstruktur zusammen. Die Textilindustrie in Vorarlberg, die Bekleidungsindustrie

Das Volkseinkommen nach Einkommensarten 1957



Die Wirtschaftsstruktur und damit die Zusammensetzung des Volkseinkommens weicht in den einzelnen Bundesländern stark voneinander ab. Im Burgenland und in Niederösterreich entfällt ein namhafter Teil des Volkseinkommens auf Land- und Forstwirte, während in Wien und in den westlichen Bundesländern die gewerblichen Einkommen eine verhältnismäßig große Rolle spielen. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist in Wien besonders hoch, im Burgenland dagegen auffallend niedrig.

und die zahlreichen Dienstleistungsgewerbe Wiens beschäftigen traditionsgemäß relativ viel weibliche Arbeitskräfte. Außerdem scheinen die sozialen Widerstände gegen Frauenarbeit in diesen beiden Bundesländern geringer zu sein als etwa im Burgenland.

Wirtschafts- und Berufsstruktur

Die Einkommen je Erwerbstätigen schwanken nach Wirtschaftszweigen und der sozialen Stellung der Einkommensempfänger. Im allgemeinen sind die Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft höher als in der Landwirtschaft, ein selbständiger Gewerbetreibender oder ein Angehöriger freier Berufe verdient mehr als ein Angestellter und dieser wieder mehr als ein Arbeiter usw. Unter diesen Umständen hängt das Durchschnittseinkommen eines bestimmten Gebietes in hohem Maße davon ab, wie sich die Erwerbstätigen auf verschiedene Wirtschaftszweige und Berufe verteilen. Ein Gebiet mit einer „ungünstigen“ Wirtschaftsstruktur (mit

hohem Anteil von Wirtschaftszweigen und Berufen mit niedrigeren Verdiensten) kann ein niedrigeres Durchschnittseinkommen haben als ein Gebiet mit „günstiger“ Wirtschaftsstruktur, obwohl die Verdienste im ersten Gebiet in jedem einzelnen Wirtschaftszweig und Beruf höher sind¹⁾.

Diese Überlegungen sind deshalb von großer praktischer Bedeutung, weil die Wirtschaftsstruktur der einzelnen Bundesländer stark voneinander abweicht. In den östlichen Landesteilen überwiegt die Landwirtschaft, in Wien und in den westlichen Bundesländern die gewerbliche Wirtschaft. Die meist in der Form von Kapitalgesellschaften organisierte Großindustrie ballt sich in bestimmten Räu-

¹⁾ Ein Beispiel hierfür bieten die Lohneinkommen in Vorarlberg. Obwohl in den meisten Wirtschaftszweigen in Vorarlberg höhere Verdienste gezahlt werden als in entsprechenden Wirtschaftszweigen in den übrigen Bundesländern (Wien ausgenommen), liegt das Durchschnittseinkommen der Vorarlberger Arbeitnehmer unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt, weil in Vorarlberg die Textilindustrie mit ihrem verhältnismäßig niedrigen Lohnniveau überwiegt.

Übersicht 14

Das Volkseinkommen nach Einkommensarten 1957

	Löhne und Ge- hälter	Gewerbl. Ein- kommen	Land- und forstw. Ein- kommen		Sonstige Ein- kommen ¹⁾	Volks- ein- kommen insgesamt
			Anteile in Prozent			
Wien	67,5	23,1	0,3	9,1	100,0	
Vorarlberg	60,5	25,1	6,9	7,5	100,0	
Salzburg	58,8	23,8	9,3	8,1	100,0	
Tirol	55,5	27,0	10,9	6,6	100,0	
Oberösterreich	60,0	17,0	14,3	8,7	100,0	
Steiermark	60,8	16,5	12,5	10,2	100,0	
Kärnten	59,0	19,3	14,1	7,6	100,0	
Niederösterreich	52,6	17,2	19,5	10,7	100,0	
Burgenland	40,0	16,5	38,7	4,8	100,0	
Österreich	60,4	20,2	10,3	9,1	100,0	

¹⁾ Einkommen aus selbständiger Arbeit, Vermietung, Verpachtung, Kapitalvermögen, unverteilte Gewinne von Kapitalgesellschaften, Einkommen der öffentlichen Hand aus Besitz und Unternehmung.

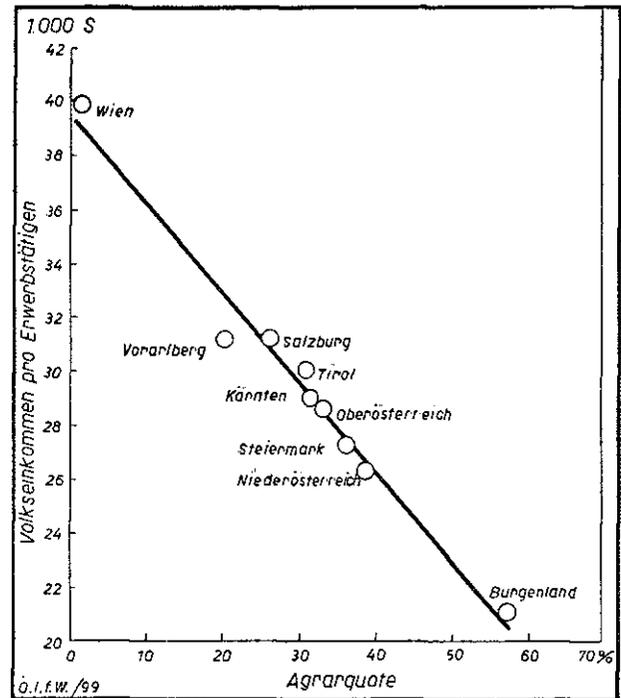
men (Wiener Becken, Obersteiermark, Gebiet um Linz), während in anderen Gebieten der kleine und mittlere Gewerbebetrieb dominiert, der hauptsächlich für den lokalen Bedarf arbeitet und vielfach vom Fremdenverkehr abhängt.

Um den Einfluß der Wirtschaftsstruktur auf die regionale Einkommensverteilung näher zu beleuchten, wurden zwei Strukturmerkmale herausgegriffen, die erfahrungsgemäß größere Einkommensunterschiede hervorrufen: die Verteilung der Erwerbstätigen auf Landwirtschaft und sonstige Wirtschaftszweige (Agrarquote) und die Verteilung der Unselbständigen auf Beamte und Angestellte einerseits und Arbeiter andererseits (Angestelltenquote). Außerdem spielen noch andere Strukturmerkmale wie etwa die Verteilung der Erwerbstätigen auf verschiedene Industriezweige oder der Anteil der Dienstleistungsgewerbe eine Rolle.

Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft ist in den einzelnen Bundesländern verschieden hoch. In Wien waren im Jahre 1957 nur 1% aller Erwerbstätigen (umgerechnet auf Vollarbeitskräfte) in der Landwirtschaft tätig und im industrialisierten Vorarlberg 20%. Dagegen erreichte die Agrarquote in Niederösterreich fast 39% und im entwicklungsbedürftigen Burgenland sogar 57%. Stellt man die Agrarquote dem Volkseinkommen pro Erwerbstätigen gegenüber, so ist deutlich ein negativer Zusammenhang zwischen beiden Größen erkennbar: mit sinkender Agrarquote (zunehmender Industrialisierung) wächst das Volkseinkommen pro Erwerbstätigen. Ein Rückgang in der Agrarquote von 20 Punkten (z. B. von 45% auf 25%) entsprach im Jahre 1957 einer Zunahme des Durchschnittseinkommens pro Erwerbstätigen um etwa 6.600 S. (Die Unterschiede sind etwas geringer, wenn der Selbstverbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung

Volkseinkommen pro Erwerbstätigen und Agrarquote¹⁾
1957

(Normaler Maßstab)

Regressionsgleichung: $Y' = 39,47 - 0,33 X (0,02)$ Korrelationskoeffizient: $r = -0,99$

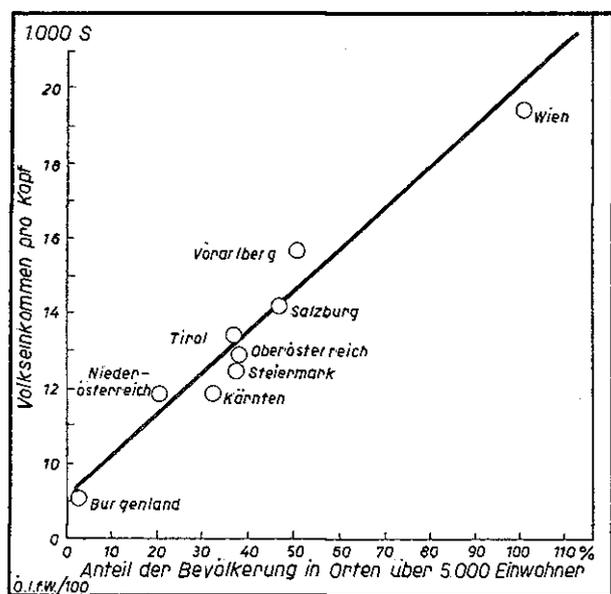
In der Land- und Forstwirtschaft werden im allgemeinen niedrigere Durchschnittseinkommen verdient als in den übrigen Wirtschaftszweigen. Je geringer die Agrarquote (der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten), desto höher ist das Volkseinkommen pro Erwerbstätigen eines bestimmten Gebietes. Diese internationale Erfahrung wird auch durch die regionale Einkommensverteilung in Österreich bestätigt. Einem Unterschied in der Agrarquote von 20 Punkten entsprach im Jahre 1957 ein Unterschied im Durchschnittseinkommen pro Erwerbstätigen von 6.600 S. Das im Vergleich zur Agrarquote relativ niedrige Durchschnittseinkommen Vorarlbergs kann hauptsächlich damit erklärt werden, daß die Textilindustrie mit ihrem relativ niedrigen Lohnniveau überwiegt.

¹⁾ Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (umgerechnet auf Vollarbeitskräfte)

nicht zu Erzeugerpreisen, sondern zu Verbraucherpreisen bewertet wird.) Ähnliche Ergebnisse wurden in anderen Staaten aus zeitlichen und regionalen Vergleichen ermittelt¹⁾.

¹⁾ L. H. Bean stellte z. B. in einer Untersuchung über „International Industrialisation and Per Capita Income“ fest: „Für die meisten regionalen Staatengruppen in den USA und für die meisten Gruppen von Staaten außerhalb der USA ist ein Unterschied in der Agrarquote von 40% und 20% mit einer Zunahme des pro-Kopf-Einkommens von 200 \$ verbunden.“ (Studies in Income and Wealth, Vol. III, New York 1946, S. 130.)

Volkseinkommen pro Kopf und Gemeindegröße¹⁾ 1957
(Normaler Maßstab)



Regressionsgleichung: $Y' = 9,10 + 0,11 X (0,01)$
Korrelationskoeffizient: $r = +0,98$

Bundesländer, deren Bevölkerung großteils in Städten wohnt, haben im allgemeinen ein größeres Volkseinkommen pro Kopf als Bundesländer mit überwiegend kleinen Gemeinden. In Vorarlberg und Salzburg z. B. wohnten 1951 50% und 46% der Einwohner in Gemeinden über 5.000 Einwohner, in Niederösterreich und im Burgenland dagegen nur 20% und 2%. Die Einkommensunterschiede zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung ergeben sich teilweise aus der verschiedenen Wirtschaftsstruktur großer und kleiner Gemeinden. Außerdem bieten größere Siedlungen Produktivitätsvorteile und haben einen großen Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften.

¹⁾ Anteil der Bevölkerung in Orten über 5.000 Einwohner im Jahre 1951

Ebenso wie zwischen landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung bestehen zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung größere Einkommensunterschiede. Bundesländer, deren Bevölkerung großteils in Städten wohnt, haben im allgemeinen ein höheres Durchschnittseinkommen als Bundesländer, wo kleine Gemeinden überwiegen. In Vorarlberg und Salzburg z. B. wohnten 1951 50% und 46% der Einwohner in Gemeinden über 5.000 Einwohner, in Niederösterreich und im Burgenland dagegen nur 20% und 2%. Die Einkommensunterschiede zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung erklärten sich teilweise aus der verschiedenen Wirtschaftsstruktur. In kleineren Gemeinden ist der überwiegende Teil der Bevölkerung in der Landwirtschaft, in Städten dagegen in Industrie und Gewerbe beschäftigt. Außerdem scheint jedoch unabhängig von der Wirtschafts-

struktur ein Zusammenhang zwischen der Größe der Städte und dem Durchschnittseinkommen zu bestehen¹⁾. Größere Siedlungen bieten Produktivitätsvorteile und haben einen hohen Bedarf an hochqualifizierten Menschen.

Das zweite Strukturmerkmal, der Anteil der Angestellten und Beamten an der Gesamtzahl der unselbständig Erwerbstätigen, spielt vor allem im Vergleich zwischen Wien und den Bundesländern eine wichtige Rolle. In Wien waren im Jahre 1957 43% der Unselbständigen Angestellte oder Beamte, in den übrigen Bundesländern nur 24 bis 34%. Die hohe Angestelltenquote Wiens erklärt sich aus den zentralen Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionen der Bundeshauptstadt. In Wien haben nicht nur die Bundesverwaltung, sondern auch die großen Banken und Versicherungen ihren Sitz, viele Großunternehmen aus den Bundesländern unterhalten kaufmännische Zentralbüros. In den Bundesländern außerhalb Wiens schwankt die Angestelltenquote nur verhältnismäßig wenig. Da Angestellte und Beamte in der Regel mehr verdienen als Arbeiter (im gesamtösterreichischen Durchschnitt waren im Jahre 1957 die Einkommen von Beamten um 75% und die von Angestellten um 82% höher als die von Arbeitern), beeinflusst die unterschiedliche soziale Struktur der Arbeitnehmer maßgeblich das Durchschnittseinkommen der einzelnen Bundesländer.

Übersicht 15

Regionale Strukturmerkmale 1957

	Agrarquote ¹⁾	Gemeindegrößen ²⁾	Angestelltenquote ³⁾
Wien	1,2	100,0	42,5
Vorarlberg	20,5	50,0	26,3
Salzburg	26,0	46,2	33,1
Tirol	30,7	36,1	34,1
Kärnten	31,6	31,8	30,1
Oberösterreich	33,1	38,1	27,8
Steiermark	36,2	37,5	28,7
Niederösterreich	38,5	20,0	24,5
Burgenland	57,1	1,8	23,6
Österreich	26,6	50,8	32,9

¹⁾ Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Zahl der Erwerbstätigen 1957. —

²⁾ Anteil der Bevölkerung in Orten über 5.000 Einwohner laut Volkszählung 1951. —

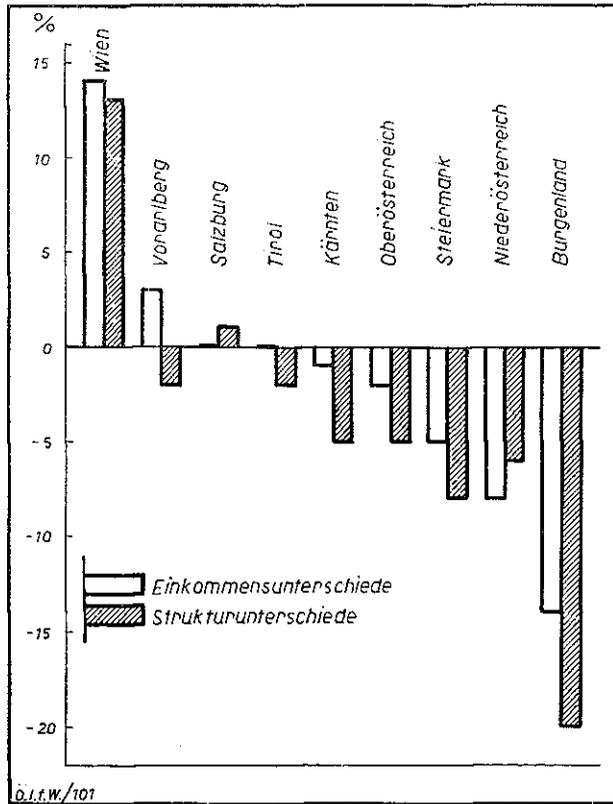
³⁾ Anteil der Angestellten und Beamten an der Zahl der unselbständig Erwerbstätigen 1957.

Der Einfluß von Strukturunterschieden auf die regionale Einkommensverteilung läßt sich zahlenmäßig abschätzen, indem man berechnet, welches Durchschnittseinkommen die einzelnen Bundesländer hätten, wenn die Struktur der Erwerbstätigen in

¹⁾ In den USA z. B. war im Jahre 1949 das Durchschnittseinkommen in Städten mit über 50.000 Einwohner um ein Viertel höher als in Städten unter 5.000 Einwohner. Siehe Edwin Mansfield, City Size and Income, 1949, in Regional Income, Studies in Income and Wealth, Vol. XXI, S. 271 ff

Der Einfluß der Wirtschaftsstruktur auf die regionale Einkommensverteilung 1957

(Einkommen pro Erwerbstätigen; Abweichungen gegenüber dem Bundesdurchschnitt in Prozent)



Die regionale Struktur der Einkommen pro Erwerbstätigen geht teilweise auf regionale Unterschiede in der Wirtschafts- und Berufsstruktur und teilweise auf die regionalen Einkommensunterschiede innerhalb einzelner Wirtschaftszweige und Berufsgruppen zurück. Die relativ armen Bundesländer haben meist nicht nur eine ungünstigere Wirtschafts- und Berufsstruktur, sondern erzielen auch innerhalb der einzelnen Berufe und Wirtschaftszweige niedrigere Durchschnittseinkommen als relativ reiche Bundesländer

allen Bundesländern gleich wäre und dem österreichischen Durchschnitt entspräche. Dabei wurden folgende Strukturmerkmale als konstant angenommen: die Verteilung der Erwerbstätigen auf Unselbständige, Gewerbetreibende, Landwirte und freie Berufe und innerhalb der Unselbständigen auf Angestellte, gewerbliche Arbeiter und landwirtschaftliche Arbeiter. Weiters wurden die Erträge von Kapitalgesellschaften nach der Zahl der Erwerbstätigen regional aufgeteilt. Die Unterschiede im regionalen Einkommen pro Erwerbstätigen, die nach Ausschaltung dieser Strukturunterschiede verbleiben, gehen zu einem geringen Teil darauf zurück, daß nicht alle Strukturmerkmale berücksichtigt werden konnten. So wurde etwa der Umstand vernachlässigt, daß in der gewerblichen Wirtschaft

die Einkommen nach Wirtschaftszweigen (Industrie, Gewerbe, Handel usw.) und innerhalb der Wirtschaftszweige nach Branchen schwanken. Zum überwiegenden Teil spiegeln jedoch die grob strukturbereinigten Ergebnisse echte regionale Einkommensunterschiede in dem Sinne wider, daß in gleichen Berufen und für gleichartige wirtschaftliche Tätigkeiten in verschiedenen Gebieten Österreichs verschieden hohe Einkommen erzielt werden.

Das Ergebnis dieser Berechnung ist aufschlußreich. Die grob strukturbereinigten Durchschnittseinkommen pro Erwerbstätigen streuen regional viel schwächer als die unbereinigten Zahlen. Setzt man das österreichische Durchschnittseinkommen pro Erwerbstätigen gleich 100, so schwanken die unbereinigten regionalen Einkommen zwischen 69 (Burgenland) und 129 (Wien), die grob strukturbereinigten Größen jedoch nur zwischen 86 und 114. Der Streuungskoeffizient der ersten Reihe beträgt 15,8% und der der zweiten Reihe 7,4%. Weiters läßt sich zeigen, daß Abweichungen der unbereinigten Einkommen zwischen einem bestimmten Bundesland und dem gesamtösterreichischen Durchschnitt in vielen Fällen überwiegend auf Strukturunterschiede und nur zu einem verhältnismäßig kleinen Teil auf echte Einkommensunterschiede zurückgehen. Die unbereinigten Einkommen pro Erwerbstätigen im

Übersicht 16

Der Einfluß von Strukturunterschieden auf das Volkseinkommen pro Erwerbstätigen 1957

	Volkseinkommen pro Erwerbstätigen	Davon entfallen auf echte Einkommensunterschiede ¹⁾	Strukturunterschiede ²⁾
Österreich = 100			
Wien	129	114	113
Vorarlberg	101	105	98
Salzburg	101	100	101
Tirol	98	100	98
Kärnten	94	99	95
Oberösterreich	93	98	95
Steiermark	88	95	93
Niederösterreich	86	92	94
Burgenland	69	86	80
Österreich	100	100	100
Spanne	1:1,87	1:1,35	1:1,41
Streuungskoeffizient %	15,8	7,4	8,4

¹⁾ Einkommensunterschiede unter der Annahme einer regional einheitlichen Beschäftigtenstruktur (Verteilung der Erwerbstätigen auf Unselbständige, Gewerbetreibende, Land- und Forstwirte freie Berufe und innerhalb der Unselbständigen auf Angestellte gewerbliche Arbeiter und Landarbeiter). — ²⁾ Die Indizes der Strukturquoten wurden durch Division der unbereinigten durch die strukturbereinigten Einkommensindizes gewonnen. Sie geben an, um wieviel Prozent das durchschnittliche Einkommen eines bestimmten Bundeslandes vom gesamtösterreichischen Durchschnitt abweichen würde, wenn keine regionalen Einkommensunterschiede innerhalb der einzelnen Berufe und Wirtschaftszweige beständen und nur die Wirtschaftsstruktur regional verschieden wäre. Die Strukturdaten sind Indizes nach dem Typ von Paasbe; die einzelnen Indexwerte sind strenggenommen nur mit der Basis (gesamtösterreichischer Durchschnitt), aber nicht untereinander vergleichbar.

Burgenland lagen z. B. im Jahre 1957 um 31% unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Davon entfielen 20% auf eine ungünstigere Struktur und 14% auf echte Einkommensunterschiede.

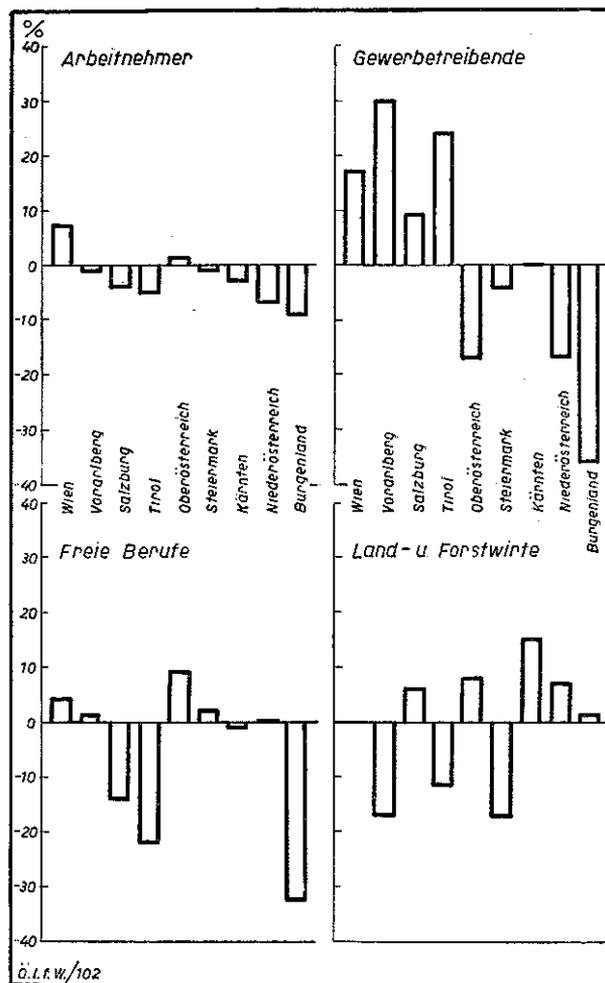
Einkommensunterschiede in verschiedenen Berufsgruppen

Die grob strukturbereinigten regionalen Durchschnittseinkommen setzen sich aus verschiedenen Einkommensarten (Löhne, Gehälter, gewerbliche Einkommen, landwirtschaftliche Einkommen, Einkommen der freien Berufe usw.) zusammen, die regional verschieden stark und nicht immer in der gleichen Richtung streuen. So ist etwa die regionale Differenzierung der Löhne und Gehälter geringer als die der gewerblichen Einkommen und der Einkommen freier Berufe. Die meisten Berufe erzielen in Wien die höchsten Einkommen, in manchen Fällen (etwa bei den freien Berufen) stehen jedoch einzelne Bundesländer an der Spitze. Die regionale Analyse der einzelnen Einkommensarten bietet wichtige Hinweise auf die Ursachen des regionalen Einkommensgefälles.

Das durchschnittliche Monatseinkommen der *unselbständig Erwerbstätigen* schwankte im Jahre 1957 zwischen 1.812 S im Burgenland und 2.610 S in Wien (Bruttoeinkommen einschließlich aller Zulagen und Arbeitgeberbeiträge). Diese Unterschiede gehen jedoch, wie bereits erwähnt wurde, teilweise darauf zurück, daß in Wien besonders viele Beamte und Angestellte beschäftigt sind, während in einzelnen Bundesländern die relativ niedrig entlohn-ten Landarbeiter überwiegen. Schaltet man diese Strukturunterschiede aus, so war das durchschnittliche Arbeitseinkommen im Burgenland nur um 15% niedriger als in Wien. Über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt lagen die Verdienste nur in Wien, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß in Wien besonders unter den Angestellten und Beamten vielfach Spitzenkräfte beschäftigt werden. Für gleichartige Tätigkeiten werden in Wien im allgemeinen nur wenig höhere Löhne und Gehälter gezahlt als in der Provinz. In den Bundesländern außerhalb Wiens schwankte das strukturbereinigte Arbeitseinkommen um weniger als 10%. Diese Ergebnisse werden durch die Verdienststatistik der Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bestätigt. In den wichtigsten Industriezweigen, die von der Verdiensterhebung einigermaßen repräsentativ erfaßt werden, weichen die durchschnittlichen Monatsverdienste sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte in den

Regionale Streuung der Einkommen in wichtigen Berufen 1957

(Einkommen pro Erwerbstätigen; Abweichungen vom Bundesdurchschnitt in Prozent)



Die regionalen Einkommen pro Erwerbstätigen streuen in den einzelnen Berufen verschieden stark und oft nicht in der gleichen Richtung. Am stärksten weichen die Einkommen der Gewerbetreibenden voneinander ab; dann folgen die Einkommen der freien Berufe und die Einkommen der Land- und Forstwirte. Die weitaus geringste regionale Streuung haben Löhne und Gehälter. Während die Löhne und Gehälter sowie die gewerblichen Einkommen, ähnlich wie das gesamte Volkseinkommen pro Erwerbstätigen, ein typisches West-Ost-Gefälle aufweisen, sind die Einkommen der Land- und Forstwirte in den östlichen und südlichen Landesteilen etwas höher als in den westlichen. Die regionale Einkommensverteilung der freien Berufe wird durch räumliche Präferenzen beeinflusst.

einzelnen Bundesländern um weniger als 10% voneinander ab.

Die auffallend geringen regionalen Unterschiede in den Löhnen und Gehältern lassen sich nur teilweise damit erklären, daß die Kleinheit des Landes den Zusammenhang der lokalen Arbeitsmärkte fördert. Die regionale Beweglichkeit der

Übersicht 17

Löhne und Gehälter 1957

	Pro Arbeitnehmer und Monat ¹⁾		Österreich = 100		
	tatsächlich	strukturbereinigt ²⁾	tatsächlich	strukturbereinigt ²⁾	
Wien	2.610	2.403	116,1	106,8	} Tatsächlich Spanne 1: 1,44 Streuungskoeffizient 9,5% Strukturbereinigt Spanne 1: 1,17 Streuungskoeffizient 4,4%
Oberösterreich	2.173	2.268	96,6	100,8	
Vorarlberg	2.164	2.223	96,2	98,8	
Steiermark	2.134	2.215	94,9	98,5	
Kärnten	2.107	2.173	93,7	96,6	
Salzburg	2.162	2.161	96,1	96,1	
Tirol	2.155	2.142	95,8	95,2	
Niederösterreich	1.934	2.098	86,0	93,3	
Burgenland	1.812	2.051	80,6	91,2	
Österreich	2.249	2.249	100,0	100,0	

¹⁾ Bruttolöhne einschl. Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung — ²⁾ Unter der Annahme eines konstanten Verhältnisses zwischen Angestellten (einschl. Beamten), gewerblichen Arbeitern und landwirtschaftlichen Arbeitern.

österreichischen Arbeitskräfte ist aus verschiedenen Gründen (personelle und traditionelle Bindungen an den Wohnort, Mangel an Wohnungen usw.) verhältnismäßig gering. Wichtiger ist wahrscheinlich der Umstand, daß die Gewerkschaften in Österreich zentralistisch organisiert sind und seit Kriegsende schrittweise eine Vereinheitlichung der regionalen Lohnsätze angestrebt haben. Nach einer Untersuchung des Institutes aus dem Jahre 1957 über „Lohneinkommen und Lohnstruktur in Österreich“ (Beilage Nr. 50 zu den Monatsberichten, November 1957) waren in mehr als der Hälfte aller kollektivvertraglichen Lohnvereinbarungen bundeseinheitliche Lohnsätze festgelegt. In Berufsgruppen, für die regional verschieden hohe Tariflöhne vereinbart wurden, betrug der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten regionalen Lohnsatz im Durchschnitt nur 10%. Die Festlegung bundeseinheitlicher oder regional nur schwach differenzierter Tariflöhne und Mindestgehälter schafft annähernd einheitliche Arbeitsbedingungen im ganzen Bundesgebiet. Sie erschwert allerdings die Industrialisierung entwicklungsbedürftiger Gebiete, da neue Betriebe in noch unerschlossenen Landesteilen gleich hohe und, wenn man die dort meist geringe Qualifikation der Arbeitskräfte berücksichtigt, oft sogar höhere Lohnkosten haben als Betriebe in bereits entwickelten Industriegebieten mit günstigen Standortbedingungen.

Weitaus stärker als die Löhne und Gehälter streuen die Einkommen der *gewerblichen Unternehmer*. Ein selbständiger Gewerbetreibender (einschließlich mithelfender Familienmitglieder) verdient im Durchschnitt in den westlichen Bundesländern und in Wien weit mehr als in Niederösterreich und im Burgenland. Die Spanne zwischen dem niedrigsten und dem höchsten regionalen Durch-

Übersicht 18

Einkommen der selbständig Erwerbstätigen 1957¹⁾

	Gewerbe-	Frei-	Land- und
	betreibende	Berufe	Forstwirte
	Österreich = 100		
Vorarlberg	130	101	83
Tirol	124	78	89
Wien	117	104	
Salzburg	109	86	106
Kärnten	100	99	115
Steiermark	96	102	83
Oberösterreich	83	109	108
Niederösterreich	78	100	107
Burgenland	64	68	101
Österreich	100	100	100
Spanne	1: 2,03	1: 1,60	1: 1,39
Streuungskoeffizient %	20,9	13,7	9,9

¹⁾ Einkommen je selbständig Erwerbstätigen einschließlich mithelfender Familienmitglieder umgerechnet auf Vollarbeitskräfte.

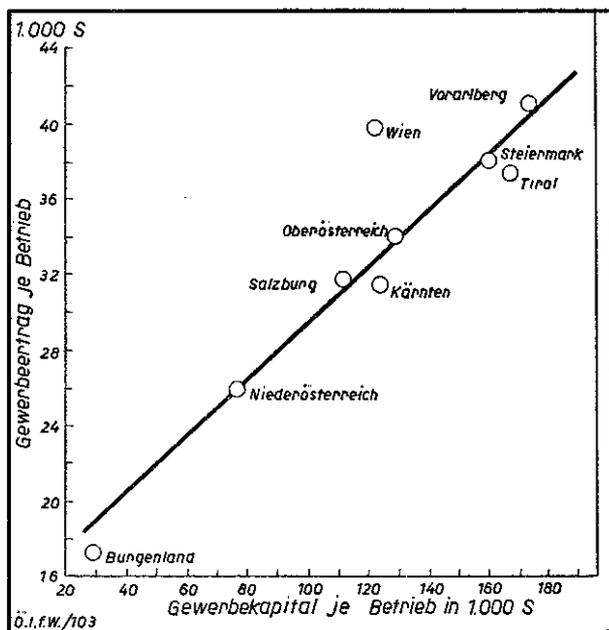
schnittseinkommen betrug im Jahre 1957 1:2,03 und der Streuungskoeffizient 20,9%. Ähnliche regionale Einkommensunterschiede ergeben sich, wenn die Gewinne nicht pro Erwerbstätigen, sondern je Betriebe verglichen werden. Die Gewinne pro Gewerbebetrieb sind zwar im allgemeinen etwas höher als die Gewinne pro selbständig Erwerbstätigen, da in zahlreichen Betrieben Familienmitglieder mitarbeiten oder mehrere Gewerbetreibende einen Betrieb als Personalgesellschaft führen. Die Reihenfolge der regionalen Durchschnittseinkommen ist in beiden Fällen die gleiche, mit Ausnahme von Wien. (Die Einkommen je Gewerbebetrieb sind in Wien am höchsten, die Einkommen je Gewerbetreibenden jedoch in Vorarlberg und in Tirol. Der Unterschied dürfte hauptsächlich darauf zurückgehen, daß in Wien relativ mehr Familienmitglieder im Betrieb mitarbeiten und mehr Unternehmungen als Personalgesellschaften organisiert sind als in den Bundesländern.)

Die starke regionale Streuung der gewerblichen Einkommen ist das Ergebnis vielfältiger Einflüsse, wie Art und Größe der Betriebe, Standortbedingungen, Ausbildung und Tüchtigkeit der Gewerbetreibenden, die im einzelnen nur schwer statistisch erfaßt werden können. Auch der Umstand, daß Großbetriebe in Oberösterreich und in der Steiermark hauptsächlich in Form von Aktiengesellschaften organisiert sind, deren Erträge nicht zum persönlichen Einkommen zählen und daher hier nicht berücksichtigt wurden, während etwa in Vorarlberg Großbetriebe vorwiegend Einzelfirmen oder Personalgesellschaften sind, beeinflusst die regionale Streuung der personellen Einkommen aus Gewerbebetrieb.

Der entscheidende Grund, warum in den einzelnen Bundesländern verschieden hohe gewerbliche

Gewerbeertrag und Gewerbekapital 1953¹⁾

(Normaler Maßstab)

Regressionsgleichung: $Y' = 14,42 + 0,15 X$ (0,02)Korrelationskoeffizient: $r = +0,93$

Die regionalen Unterschiede im gewerblichen Einkommen pro Betrieb gehen hauptsächlich auf Unterschiede in der Kapitalausstattung zurück. Nach der Gewerbesteuerstatistik 1953 war z. B. der durchschnittliche Gewerbeertrag in Vorarlberg fast 2½mal so hoch wie im Burgenland, gleichzeitig wurde jedoch sechsmal so viel Kapital eingesetzt. Die im Verhältnis zum Gewerbekapital relativ hohen Erträge in Wien lassen sich damit erklären, daß die Großstadt Standortvorteile bietet und viele arbeitsintensive Handelsbetriebe aufweist.

¹⁾ Nach der Gewerbesteuerstatistik 1953

Erträge erzielt werden, liegt jedoch offenbar darin, daß die Betriebe sehr unterschiedlich mit Kapital ausgestattet sind. Diese Annahme wird durch die Gewerbesteuerstatistik 1953 bestätigt, die das Gewerbekapital und den Gewerbeertrag aufgliedert nach Bundesländern ausweist. Stellt man den durchschnittlichen Gewerbeertrag pro Betrieb dem durchschnittlichen Gewerbekapital pro Betrieb in den einzelnen Bundesländern gegenüber, so ist deutlich ein positiver Zusammenhang zwischen beiden Größen zu erkennen. Der durchschnittliche Gewerbeertrag je Betrieb in Vorarlberg z. B. war im Jahre 1953 fast zweieinhalbmal so hoch wie im Burgenland, gleichzeitig wurde jedoch sechsmal so viel Kapital pro Betrieb eingesetzt. Die durchschnittliche Rentabilität je Betrieb (Ertrag durch Kapital) war in den einzelnen Bundesländern trotz großen Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur und in den Standortbedingungen bemerkenswert ähnlich¹⁾.

Nur in Wien wurden im Vergleich zum Kapitaleinsatz überdurchschnittlich hohe Erträge erzielt (Standortvorteile der Großstadt, verhältnismäßig große Zahl von Handelsbetrieben mit geringem Kapitaleinsatz).

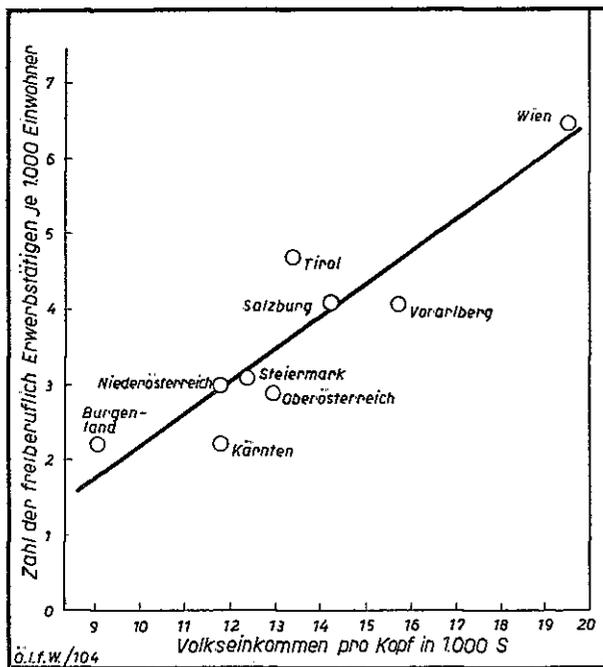
Etwas weniger stark wie die Einkommen aus Gewerbebetrieb streuen die Einkommen der *freien Berufe*. Die regionale Einkommensspanne betrug im Jahre 1957 in dieser Berufsgruppe 1 : 1,6 und der Streuungskoeffizient 13,7%. Da mit steigendem Volkseinkommen der Bedarf an hochqualifizierten Ärzten, Rechtsanwälten, Künstlern, Journalisten und anderen frei Schaffenden überproportional wächst, wäre zu erwarten gewesen, daß die Durchschnittseinkommen der freien Berufe ein ähnliches regionales Gefälle aufweisen wie das Volkseinkommen pro Kopf. Das ist jedoch nicht immer der Fall. In Wien, das bei weitem das höchste Volkseinkommen pro Kopf aufweist, verdient ein Angehöriger der freien Berufe im Durchschnitt weniger als in Oberösterreich, obwohl in der Bundeshauptstadt die Spitzenverdiener unter den freien Berufen wohnen. Auch die Einkommen der freien Berufe in Salzburg und Tirol sind am allgemeinen Wohlstand dieser Länder gemessen verhältnismäßig niedrig. Andererseits erzielen die freien Berufe in Oberösterreich, das etwa in der Mitte der regionalen Einkommensskala liegt, die höchsten Durchschnittseinkommen. Auch in der Steiermark und in Niederösterreich sind die Einkommen der freien Berufe relativ hoch.

Das spezifische regionale Einkommensgefälle der freien Berufe läßt sich teilweise mit regionalen Präferenzen erklären. Es ist bekannt, daß viele Ärzte und Rechtsanwälte Wien als Wohnort und Betriebsstätte vorziehen, obwohl sie in der Provinz mehr verdienen könnten. Dabei mag nicht nur die Anziehungskraft der Großstadt, sondern auch die

¹⁾ Der im Schaubild graphisch dargestellte und in der beigefügten Regressionsgleichung zahlenmäßig formulierte Zusammenhang zwischen Gewerbeertrag und Gewerbekapital läßt sich wie folgt interpretieren: Wenn man vom gewerblichen Einkommen einen konstanten Unternehmerlohn von 14.400 S pro Jahr (Gewerbeertrag laut Regressionsgleichung bei einem Kapitaleinsatz von 0) abzieht, so erreichten die verbleibenden Erträge in den einzelnen Bundesländern im Jahre 1953 annähernd 15% des eingesetzten Kapitals (Wert des Regressionskoeffizienten). Die verhältnismäßig hohe Rentabilität geht hauptsächlich darauf zurück, daß das Kapital vor den Schillingeröffnungsbilanzen steuerlich stark unterbewertet war. Unter der Annahme, daß das „echte“ Kapital (bewertet zu laufenden Preisen) dreimal so hoch war wie das von der Steuerstatistik ausgewiesene, verringert sich die durchschnittliche Rentabilität auf 5%.

Dichte der freien Berufe¹⁾ und Volkseinkommen pro Kopf 1957

(Normaler Maßstab)



Regressionsgleichung: $Y' = -2.09 + 0.43 X$ (0.07)

Korrelationskoeffizient: $r = +0.91$

Der Bedarf an Ärzten, Rechtsanwälten und anderen frei Schaffenden wächst im allgemeinen mit dem Volkseinkommen. Die Dichte der freien Berufe ist daher in Wien und in den westlichen Bundesländern größer als in den übrigen Landesteilen. In Tirol und Wien gibt es jedoch mehr, in Oberösterreich und Kärnten weniger freiberuflich Tätige, als auf Grund des allgemeinen Wohlstandes dieser Länder zu erwarten wäre. Diese Unterschiede können teilweise mit räumlichen Präferenzen erklärt werden. Die Großstadt Wien und die landschaftlichen Reize Tirols üben eine besondere Anziehungskraft auf die freien Berufe aus.

¹⁾ Zahl der freiberuflich Erwerbstitigen je 1.000 Einwohner laut Volkszählung 1951

Hoffnung, einmal zu den hochbezahlten Spitzenkräften des Berufes zu zählen, eine Rolle spielen. Aus diesem Grund ist gerade die Großstadt Wien mit Angehörigen der freien Berufe überbesetzt. Ähnliche regionale Präferenzen mögen für die Bundesländer Tirol und Salzburg gelten, die durch ihre landschaftliche Schönheit und den besonderen Reiz ihrer Hauptstädte eine große Anziehungskraft ausüben.

Diese Überlegungen werden durch die regionale Verteilung der freien Berufe gestützt. Im allgemeinen entfallen auf eine bestimmte Zahl von Einwohnern um so mehr Angehörige der freien Berufe, je höher das Volkseinkommen eines Gebietes ist. In Wien ist die Quote der freien Berufe mit 6.5 je 1.000 Einwohner fast dreimal so hoch wie im

Burgenland (2.2 je 1.000 Einwohner). In Wien und auch in Tirol ist jedoch die Dichte der freien Berufe größer und in Oberösterreich geringer, als es dem Volkseinkommen je Kopf entspräche.

Die Einkommen der selbständigen Land- und Forstwirte (einschließlich mithelfender Familienmitglieder) streuen regional weniger als die übrigen Einkommen der Selbständigen, aber stärker als die der Arbeitnehmer. Wenn man von Wien absieht, dessen Ergebnis aus verschiedenen Gründen untypisch ist¹⁾, bestand im Jahre 1957 eine Spanne zwischen dem Bundesland mit dem höchsten und dem niedrigsten landwirtschaftlichen Einkommen pro selbständig Erwerbstitigen von 1 : 1.39.

Im Gegensatz zu den gewerblichen Einkommen, die ein typisches West-Ost-Gefälle aufweisen, sind die Einkommen der bäuerlichen Familien in den östlichen Landesteilen im allgemeinen etwas höher als in den westlichen. Das Flach- und Hügelland im Osten bietet günstigere natürliche Produktionsbedingungen als die nur zum Teil landwirtschaftlich nutzbaren Hochalpen in den westlichen Bundesländern. Auch innerhalb eines Bundeslandes weicht die Bodenbeschaffenheit und das Klima vielfach stark voneinander ab²⁾. Die Unterschiede in den natürlichen Produktionsbedingungen können von den bäuerlichen Betrieben nur teilweise durch Art und Intensität der Bodennutzung ausgeglichen werden.

Das Einkommen in der Landwirtschaft fällt allerdings nicht stetig von Osten nach Westen. Die Einkommen je Familienarbeitskraft waren im Jahre 1957 z. B. in der Steiermark trotz günstigen natürlichen Produktionsvoraussetzungen ziemlich niedrig, weil im fruchtbaren südöstlichen Flach- und Hügelland, zu dem die ganze Oststeiermark zählt, der Kleinbetrieb vorherrscht. In diesem Gebiet werden zwar je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche die höchsten Roherträge von allen österreichischen Produktionsgebieten erzielt. Diese hohen Erträge müssen jedoch auf eine verhältnismäßig große Zahl

¹⁾ Die Landwirtschaft ist in Wien unbedeutend und ganz anders strukturiert als in den meisten übrigen Bundesländern. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß in Wien die Landwirtschaft häufig neben einer gewerblichen Tätigkeit betrieben wird. Die Gegenüberstellung von Gesamterträgen aus Landwirtschaft und Zahl der hauptberuflichen Landwirte ergibt daher zu hohe Durchschnittseinkommen.

²⁾ In Niederösterreich z. B. war im Jahre 1957 nach den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Buchführungs-Gesellschaft der Rohertrag je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im nordöstlichen Flach- und Hügelland um 43% und das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft um 45% höher als im Waldviertel.

von Familienarbeitskräften verteilt werden¹⁾. Andererseits hatten Salzburg und Kärnten im Jahre 1957 ein verhältnismäßig hohes landwirtschaftliches Einkommen je Familienarbeitskraft. In beiden Bundesländern spielt die Forstwirtschaft eine große Rolle, wobei vor allem in Kärnten der Wald stark überschlägert wird. Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß die Produktion vieler landwirtschaftlicher Produkte witterungs- und absatzbedingt schwankt. Je nach der Produktionsstruktur verschieben sich auch die regionalen Anteile von Jahr zu Jahr etwas.

Andere Wohlstandsanzeiger

Die regionale Volkseinkommensstatistik vermittelt quantitative Vorstellungen über die Wirtschaftskraft und den Wohlstand verschiedener Regionen, die auf andere Weise nicht oder nur unzulänglich gewonnen werden könnten. Die Berechnung des regionalen Volkseinkommens ist jedoch schwierig und meist nur für verhältnismäßig große regionale Einheiten möglich. In der Praxis behilft man sich daher häufig mit einfacheren Verfahren, indem man die Versorgung oder Ausstattung der Bevölkerung mit bestimmten repräsentativen Gütern oder Werten mißt, die allgemein als ein Symbol des Lebensstandards gelten. Solche unsystematische Wohlstandsanzeiger, wie etwa die Spareinlagen, der Verbrauch von Genussmitteln, die Zahl der Kraftfahrzeuge oder Rundfunkgeräte sind jedoch nur ein grobes Hilfsmittel, da der Konsum oder der Besitz bestimmter Güter und Werte nicht nur vom Einkommen (von der Kaufkraft), sondern auch von anderen Faktoren abhängt, wie persönliche Neigungen, Tradition, Klima und Bodenverhältnissen. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Einkommenselastizitäten der Nachfrage für verschiedene Güter verschieden hoch sind. Mit steigendem Einkommen wächst die Nachfrage nach bestimmten Gütern stärker und nach anderen Gütern schwächer als das Einkommen. Unsystematische Wohlstandsanzeiger erlauben daher bestenfalls eine Reihung verschiedener Gebiete nach ihrem Wohlstand, geben aber keinen Aufschluß, wie groß die Wohlstandsunterschiede zwischen verschiedenen Gebieten sind.

¹⁾ Nach den Buchführungsergebnissen war der Rohertrag je *ha* landwirtschaftliche Nutzfläche im Jahre 1957 im südöstlichen Flach- und Hügelland um 25% höher als im Bundesdurchschnitt. Da jedoch pro *ha* um 68% mehr Familienarbeitskräfte eingesetzt wurden, blieb das Einkommen je Familienarbeitskraft um 14% unter dem Bundesdurchschnitt.

Um die Bedeutung unsystematischer Wohlstandsanzeiger zu überprüfen und ihr Verhältnis zum regionalen Volkseinkommen zu klären, wurden drei Größen herausgegriffen, die häufig für regionale Vergleiche verwendet werden: Die Spareinlagen pro Kopf, die Zahl der Kraftfahrzeuge pro Kopf und die Zahl der Rundfunkgeräte pro Haushalt²⁾. Jeder dieser drei Indikatoren spiegelt das typische österreichische Wohlstandsgefälle wider. Sowohl die Spareinlagen pro Kopf als auch die Kraftfahrzeugdichte und die Rundfunkdichte sind in Wien und in den westlichen Bundesländern am höchsten und in den östlichen Bundesländern am niedrigsten. Der enge Zusammenhang zwischen den persönlichen Einkommen pro Kopf und den angeführten drei unsystematischen Wohlstandsanzeigern läßt sich durch ein einfaches statistisches Verfahren verdeutlichen. Reiht man die neun Bundesländer einmal nach ihren persönlichen Einkommen pro Kopf und zum anderen nach den Spareinlagen pro Kopf, der Pkw-Dichte und der Rundfunkdichte, so ergeben sich zwischen der ersten und den drei folgenden Rangordnungen folgende Rang-Korrelationskoeffizienten:

Spareinlagen pro Kopf	+ 0,93
Pkw-Dichte	+ 0,92
Rundfunkdichte	+ 0,93

Die regionalen Unterschiede in den drei verglichenen Wohlstandsanzeigern können somit in hohem Maße damit erklärt werden, daß die Einkommen in den einzelnen Bundesländern verschieden hoch sind. Andere Einflüsse spielen demgegenüber nur eine verhältnismäßig geringe Rolle. Nur in einzelnen Fällen führen die unsystematischen Wohlstandsanzeiger zu etwas anderen Ergebnissen als die Volkseinkommensstatistik. Die Spareinlagen pro Kopf z. B. waren im Jahre 1957 in Vorarlberg niedriger als in Salzburg und in der Steiermark, in Niederösterreich etwas niedriger als in Kärnten, Tirol hatte verhältnismäßig weniger Personenkraftwagen als Oberösterreich und die Rundfunkdichte war in Wien etwas niedriger als in Vorarlberg und Salzburg. In allen diesen Fällen waren die persönlichen Einkommen pro Kopf der Bevölkerung in den zuerst genannten Bundesländern höher. Einige dieser Unterschiede können plausibel erklärt werden. Die im Vergleich zu Tirol höhere Pkw-Dichte in Oberösterreich hängt wahrscheinlich mit der unterschiedlichen Bodenbeschaffenheit bei-

²⁾ Die Zahl der Rundfunkgeräte wurde auf die Zahl der Haushalte bezogen, da eine Familie unabhängig von ihrer Größe meist nur über ein Gerät verfügt.

der Bundesländer zusammen, und die im Vergleich zum Einkommen verhältnismäßig niedrige Rundfunkdichte Wiens ist offensichtlich eine Folge der stärkeren Zersplitterung der Haushalte in der Bundeshauptstadt. Im Fall der Spareinlagen ist zu berücksichtigen, daß nur ein Teil der privaten Ersparnisse (etwa ein Drittel) auf Sparkonten bei den

Übersicht 19

Spareinlagen pro Kopf Ende 1957

	s	Österreich = 100
Wien	4.234	178
Salzburg	2.894	122
Vorarlberg	2.570	106
Tirol	2.496	105
Oberösterreich	2.187	92
Kärnten	1.836	77
Steiermark	1.460	62
Niederösterreich	1.426	60
Burgenland	560	24
Österreich	2.371	100

Spanne 1: 7,42
Streuungskoeffizient 45,1%

Kreditunternehmungen eingelegt wird. Außerdem ist der jeweilige Stand der Spareinlagen das kumulative Ergebnis der Spartätigkeit einer Reihe von Jahren und hängt daher nicht nur vom Einkommen eines bestimmten Jahres ab.

Während die unsystematischen Wohlstandsanzeiger annähernd die gleiche regionale Rangordnung aufweisen wie die persönlichen Einkom-

Übersicht 20

Personenkraftwagen je Kopf Ende Oktober 1957

	Je 1.000 Einwohner	Österreich = 100
Wien	48,7	146
Salzburg	40,5	122
Vorarlberg	38,1	114
Oberösterreich	32,4	97
Tirol	30,8	92
Kärnten	30,1	90
Steiermark	25,9	78
Niederösterreich	25,4	76
Burgenland	14,3	43
Österreich	33,3	100

Spanne 1: 3,40
Streuungskoeffizient 29,4%

men, weichen die regionalen Streuungen stark voneinander ab. Der Spareinlagenstand war z. B. im Jahre 1957 in Wien siebenmal so hoch wie im Burgenland, obwohl die persönlichen Einkommen nicht einmal das Doppelte erreichten. Auch die Spanne zwischen dem Bundesland mit der niedrigsten und der höchsten Pkw-Dichte war mit 1:3,4 verhältnismäßig groß. Die große regionale Streuung der Spareinlagenstände kann damit erklärt werden, daß die Bevölkerung mit steigenden Einkommen nicht nur absolut, sondern auch relativ mehr spart. Ähnliches gilt für die Motorisierung, wenngleich in steigendem Maße auch Arbeiter und Angestellte Personenkraftwagen erwerben.

Im Gegensatz zu den Spareinlagen pro Kopf und zur Pkw-Dichte weicht die Rundfunkdichte in

Übersicht 21

Rundfunkgeräte pro Haushalt Ende 1957

	Je 1.000 Haushalte	Österreich = 100
Vorarlberg	950	114
Salzburg	878	105
Wien	859	103
Tirol	857	103
Oberösterreich	834	100
Steiermark	827	99
Kärnten	828	99
Niederösterreich	797	96
Burgenland	716	86
Österreich	835	100

Spanne 1: 1,33
Streuungskoeffizient 7,0%

den einzelnen Bundesländern nur wenig voneinander ab. In Vorarlberg gab es im Jahre 1957 je Haushalt nur um ein Drittel mehr Rundfunkgeräte als im Burgenland. Rundfunkgeräte gehören nicht mehr zu den Gütern des gehobenen Bedarfs, sondern sind bereits Massenkonsumgüter. Da 84% aller Haushalte bereits über Rundfunkgeräte verfügen, nimmt die Nachfrage mit steigendem Einkommen nur noch wenig zu und die Rundfunkdichte verliert als Wohlstandsanzeiger mehr und mehr an Bedeutung.

Anhang

Erläuterungen der Berechnungsmethode

Das Volkseinkommen der einzelnen Bundesländer für 1957 wurde aus den Größen für das gesamte Bundesgebiet abgeleitet, die von der Statistik des Volkseinkommens errechnet und publiziert wurden¹⁾. Zu diesem Zweck wurde zunächst das Volkseinkommen des Bundesgebietes in Anlehnung an steuerliche Begriffe in neun verschiedene Einkommensarten aufgeteilt: Löhne und Gehälter, Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Einkommen aus Gewerbebetrieb, Einkommen aus selbständiger Arbeit, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Einkommen aus Kapitalvermögen, Einkom-

gehaltssumme wurden auf Grund vereinfachender Annahmen regional aufgeteilt, und zwar: die Freibeträge der Kleinstbetriebe (mit Monatslohnsummen bis zu 3.000 S) nach der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten, die Kinderbeihilfen nach dem Ort der Auszahlung, die Wohnungsbeihilfen nach der Zahl der Beschäftigten (ohne Landwirtschaft), die steuerliche Unterbewertung der Naturallöhne und die Löhne der Saison- und Gelegenheitsarbeiter nach der Zahl der Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft

Die Löhne und Gehälter des öffentlichen Dienstes sowie von Bahn und Post wurden, soweit sie nicht wie

Übersicht 22

Das Volkseinkommen 1957

	Wien		Niederösterreich		Oberösterreich		Steiermark		Kärnten		Salzburg		Tirol		Vorarlberg		Burgenland		Österreich	
	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%	Mill S	%
Lohn- und Gehaltssumme	21 513	67,5	8 680	52,6	8 526	60,0	8 463	60,8	3 404	59,0	2 748	58,8	3 264	55,5	1 922	60,5	1 011	40,0	59 531	60,4
Einkommen der Selbständigen	8 776	27,6	6 512	39,5	4 914	34,6	4 422	31,8	2 090	36,2	1 714	36,6	2 422	41,1	1 123	35,4	1 443	57,1	33 416	33,9
aus Land- u. Forstwirtschaft	108	0,3	3 212	19,5	2 032	14,3	1 744	12,5	812	14,1	437	9,3	640	10,9	211	6,9	979	38,7	10 185	10,3
Gewerbebetrieb	7 343	23,1	2 826	17,2	2 408	17,0	2 288	16,5	1 115	19,3	1 114	23,8	1 592	27,0	796	25,1	418	16,5	19 900	20,2
selbständiger Arbeit	818	2,6	253	1,5	242	1,7	238	1,7	90	1,6	90	1,9	106	1,8	56	1,8	27	1,1	1 920	2,0
Vermietung u. Verpachtung																				
Kapitalvermögen	507	1,6	221	1,3	232	1,6	152	1,1	73	1,2	73	1,6	84	1,4	50	1,6	19	0,8	1 411	1,4
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	1 226	3,8	1 000	6,1	536	3,8	798	5,7	180	3,1	143	3,1	111	1,9	90	2,8	16	0,6	4 100	4,2
Öffentliches Besitzeinkommen	339	1,1	294	1,8	233	1,6	233	1,7	99	1,7	68	1,5	90	1,5	41	1,3	58	2,3	1 455	1,5
Volkseinkommen	31 854	100	16 486	100	14 209	100	13 916	100	5 773	100	4 673	100	5 887	100	3 176	100	2 528	100	98 502	100
Bevölkerung ¹⁾ 1 000 Pers	1 636		1 400		1 105		1 119		488		328		438		202		280		6 998	
Erwerbstätige Bevölkerung 1 000 Pers ²⁾	798		623		494		510		198		149		195		101		119		3 192	

¹⁾ Jahresdurchschnitt 1957, (Amtliche Fortschreibung der Volkszählung 1951) — ²⁾ Unselbständige im Jahresdurchschnitt 1957; Selbständige und mithelfende Familienangehörige mit Ausnahme jener der Land- und Forstwirtschaft laut Volkszählung 1951. Der Rückgang des Arbeitspotentials der landwirtschaftlichen Familienangehörigen bis 1957 wurde mit Hilfe von Berechnungen der land- und forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft Wien, geschätzt.

men der öffentlichen Hand aus Besitz und Unternehmung, unverteilte Gewinne von Kapitalgesellschaften. Das Gesamteinkommen in jeder Gruppe wurde sodann mit Hilfe von Schlüsselzahlen, die hauptsächlich aus der Steuer- und Abgabenstatistik stammen, auf die einzelnen Bundesländer umgelegt. Diesem Verfahren liegt die Annahme zugrunde, daß sich die (meist niedrigeren) steuerlich erfaßten Einkommen regional ebenso verteilen wie die (meist höheren) volkswirtschaftlichen Einkommen.

Im einzelnen wurden folgende Verfahren angewandt:

Die *Löhne und Gehälter* für die einzelnen Bundesländer wurden ebenso wie die Arbeitseinkommen des gesamten Bundesgebietes aus den Beiträgen zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds (private Lohnsumme) und aus Unterlagen der öffentlichen Körperschaften (Lohnsumme der öffentlichen Verwaltung, einschließlich Bahn und Post) berechnet¹⁾. Die Beiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds liegen regional gegliedert vor. Die beitragsfreien Bestandteile der privaten Lohn- und

der Personalaufwand der Länder und Gemeinden direkt den einzelnen Bundesländern zugerechnet werden konnten, nach der Zahl der bei den öffentlichen Krankenkassen versicherten Bundesbeamten regional gegliedert. Dabei war zu berücksichtigen, daß die höheren Beamten und Lehrer hauptsächlich in Wien wohnen. Für die nicht pragmatisierten Bediensteten des Bundes wurde angenommen, daß sie sich regional gleich verteilen wie die Beamten. Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung im weitesten Sinne wurden nach Sozialversicherungsträger unterteilt und mit Hilfe entsprechender Lohnsummenschlüsselzahlen (die Krankenversicherungsbeiträge z. B. nach der gesamten Lohnsumme, die Pensions- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge nach der privaten Lohnsumme usw.) regional aufgeteilt.

Die auf diese Weise ermittelten regionalen Lohn- und Gehaltssummen entsprechen dem Kriterium der Arbeitsstätte, das heißt, die Löhne und Gehälter wurden in dem Bundesland erfaßt, wo sie verdient wurden. Nach den Regeln der Volkseinkommensstatistik sind jedoch die Einkommen dem ständigen Wohnsitz des Empfängers zuzuordnen. Die Einkommen der Arbeitspendler mußten daher ausgeschieden und dem Bundesland des Wohnortes der Pendler zugerechnet werden. Diese Korrektur war mit Hilfe der Personenstandsaufnahme vom Oktober 1955 möglich. Die Einkommen der Arbeitspendler wurden gleich hoch ange-

¹⁾ Siehe „Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1957“, Beilage Nr. 56 zu den Monatsberichten, Dezember 1958.

²⁾ Siehe „Löhne, Gehälter und Masseneinkommen in Österreich 1950—1957“, Beilage Nr. 54 zu den Monatsberichten, Oktober 1958.

nommen wie das Durchschnittseinkommen des Bundeslandes ihrer Arbeitsstätte. Die Lohn- und Gehaltssummen nach dem Kriterium des Wohnsitzes sind vor allem in Niederösterreich und im Burgenland infolge der Pendelwanderung nach Wien höher als die in den betreffenden Bundesländern verdienten Arbeitseinkommen.

Das Einkommen aus *Land- und Forstwirtschaft* wird nur zu einem Bruchteil (im Jahre 1955 z. B. nur zu 17%) von der Steuerstatistik erfaßt. Die regionale Verteilung mußte daher ebenso wie das Gesamteinkommen aus Land- und Forstwirtschaft nach der sogenannten realen Methode geschätzt werden. Aus regional gegliederten Ernte- und Produktionsstatistiken wurde zunächst der Rohertrag ermittelt und von diesem die regionalen Sachkosten (nach den Ergebnissen der land- und forstwirtschaftlichen Buchführungsgesellschaft) abgezogen. Aus der regionalen Wertschöpfung wurde schließlich die regionale Lohnsumme der familienfremden Arbeitskräfte (berechnet aus den Beiträgen zur Krankenkasse) ausgeschieden.

Eine andere Möglichkeit, das Einkommen der Land- und Forstwirte regional aufzuteilen, bieten die Meßbeträge der Grundsteuer A. Sie berücksichtigen grundsätzlich außer der Bodenfläche auch die Bonität, die Lage und die Ertragsfähigkeit des Bodens sowie die Art der Bodennutzung. Allerdings wird die Grundsteuer nicht nach dem tatsächlich von Jahr zu Jahr oft stark schwankenden Bodenertrag bemessen, sondern nach dem sogenannten nachhaltigen Katastralertrag, den über einen längeren Zeitraum theoretisch erzielbaren Durchschnittsertrag bei unveränderter Nutzungsweise. Die Grundsteuermeßbeträge für land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach der letzten Hauptfeststellung von Anfang 1956 zeigen eine ähnliche regionale Streuung wie die nach der realen Methode für 1957 ermittelten Erträge. Kleinere Abweichungen zwischen beiden Verteilungsschlüsseln erklären sich daraus, daß die Grundsteuermeßbeträge nicht den Ertrag eines bestimmten Jahres, sondern die Erträge einer Reihe von Jahren widerspiegeln.

Die Einkommen aus *Gewerbebetrieb* für das gesamte Bundesgebiet wurden ebenso wie aus Land- und Forstwirtschaft nach der realen Methode geschätzt. Die volkswirtschaftlichen Einkommen sind im allgemeinen höher als die steuerlich erfaßten Einkommen, da bestimmte Abschreibungen, Zinsen, Steuern und betriebsfördernde Aufwendungen, die steuerlich abzugsfähig sind, zum Einkommen gerechnet werden. Außerdem bietet die Gewinnpauschalierung den Kleinbetrieben steuerliche Vorteile. Die Unterschiede zwischen dem steuerlich erfaßten und dem volkswirtschaftlichen Einkommen sind jedoch weit geringer als in der Land- und Forstwirtschaft. Es schien daher vertretbar, die volkswirtschaftlichen Einkommen aus Gewerbebetrieb im Verhältnis der steuerpflichtigen Einkommen regional aufzuteilen. Die Unterlage hierfür bot die Einkommensteuerstatistik 1955 (Steuerstatistiken für spätere Jahre liegen noch nicht vor). Die sich daraus ergebenden Anteile der einzelnen Bundesländer wurden mit Hilfe der Umsatzsteuereingänge grob fortgeschrieben. Durch die Fortschreibung ändern sich die regionalen Anteile nur geringfügig. Die leichte Verschiebung zugunsten Wiens ist plausibel, da die östlichen Landesteile seit dem Staatsvertrag etwas aufgeholt haben.

Die Einkommen aus *selbständiger Arbeit* wurden ebenso wie die gewerblichen Einkommen mit Hilfe der Einkommensteuerstatistik 1955 regional aufgeteilt. Auf eine Fortschreibung bis 1957 mußte mangels verlässlicher Meßzahlen verzichtet werden.

Die regionale Verteilung der Einkommen aus *Vermietung und Verpachtung* wurde, soweit sie steuerpflichtig sind, aus der Einkommensteuerstatistik 1955 übernommen. Da die Mieten größtenteils gesetzlich geregelt sind und sich bis 1957 nur wenig verändert haben, konnten die Ergebnisse für 1955 ohne Korrekturen für 1957 übernommen werden. Der Mietwert der Eigenwohnungen, der in der Regel nicht steuerpflichtig ist, mußte hinzugeschätzt werden. Aus der regional gegliederten Wohnungszählung 1951 wurde die Zahl der Eigenwohnungen (ohne landwirtschaftliche Wohnungen, deren Mietwert bereits im landwirtschaftlichen Einkommen erfaßt ist) ermittelt, bis 1957 fortgeschrieben und mit einem durchschnittlichen Mietwert pro Wohnung von 1.500 S jährlich (monatlicher Durchschnittszins 210 S pro m², Durchschnittsgröße einer Eigenwohnung 60 m²) multipliziert.

Von Einkünften aus *Kapitalvermögen* konnten die Dividenden- und Gewinnanteile nach dem örtlichen Aufkommen der Kapitalertragsteuer, die im Abzugsweg in Höhe von 15% des Bruttoertrages eingehoben wird, auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden. Die Zinsen (ohne Zinseingänge der Kapitalgesellschaften und der öffentlichen Körperschaften) wurden auf Grund der regional gegliederten Spareinlagen und des Umlaufes an festverzinslichen Wertpapieren geschätzt. Die „sonstigen“ Einkünfte erreichten nach der letzten verfügbaren Einkommensteuerstatistik etwa die Höhe der Einkünfte aus Kapitalerträgen.

Die *Einkommen der öffentlichen Hand* aus Besitz und Unternehmung lassen sich nicht befriedigend regional zuordnen. Der Sitz der Verwaltung ist vor allem bei öffentlichen Körperschaften problematisch, deren Tätigkeit sich über das ganze Bundesgebiet erstreckt. Mangels anderer Kriterien wurden diese Einkünfte, soweit sie tatsächlich an die öffentlichen Körperschaften abgeführt wurden, nach dem Bevölkerungsschlüssel verteilt. Die in den öffentlichen Betrieben zurückgehaltenen Gewinne wurden ebenso wie die unverteilteten Gewinne von Kapitalgesellschaften dem jeweiligen Sitz des Unternehmens zugerechnet.

Die *unverteilteten Gewinne der Kapitalgesellschaften* in Österreich werden von der Statistik des Volkseinkommens unterschätzt. Vergleiche mit dem Produktionszensus 1953 lassen vermuten, daß insbesondere die Gewinne von Ges. m. b. H., Genossenschaften, Banken und Versicherungsgesellschaften höher sind, als in den bisherigen Schätzungen des Volkseinkommens angenommen wurde. Entsprechende Korrekturen werden im Zuge einer Generalrevision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorbereitet. In der vorliegenden Untersuchung wurde noch von der alten Größe der unverteilteten Gewinne ausgegangen. Der Fehler fällt jedoch nicht sehr ins Gewicht, denn eine mäßige Erhöhung der unverteilteten Gewinne würde die regionale Verteilung des Volkseinkommens nur wenig beeinflussen.

Die regionalen Anteile an den unverteilteten Gewinnen der Kapitalgesellschaften wurden wie folgt berechnet: Die Gewerbesteuerstatistik 1953 — spätere Auf-

Die persönlichen Einkommen 1957

Übersicht 23

	Wien	Nieder- österreich	Ober- österreich	Steiermark	Kärnten	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Burgenland	Österreich
	Mill S									
Volkseinkommen	31 854	16 486	14 209	13 916	5 773	4 673	5 867	3 176	2 528	98 502
— Unverteilte Gewinne der Kapitalgesell- schaften	1 226	1 000	536	798	180	143	111	90	16	4 100
— Öffentliche Besitzeinkommen	339	294	233	233	99	68	90	41	58	1 455
	30 289	15 192	13 440	12 885	5 494	4 462	5 686	3 045	2 454	92 947
+ Transfereinkommen	4 457	2 958	2 147	2 216	897	596	730	283	438	14 722
Persönliche Bruttoeinkommen	34 746	18 150	15 587	15 101	6 391	5 058	6 416	3 328	2 892	107 669
— Direkte Steuern und Sozialabgaben der pri- vaten Haushalte ¹⁾	8 162	2 865	2 769	2 716	1 101	919	1 182	728	384	20 826
Persönliche Nettoeinkommen	26 584	15 285	12 818	12 385	5 290	4 139	5 234	2 600	2 508	86 843

¹⁾ Lohn- und Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Beiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds, Grundsteuer A, Wohnbauförderungsbeiträge, Kammerumlagen, Sozialversicherungsbeiträge einschl. aller Zuschläge.

arbeiten liegen noch nicht vor — weist den Gewerbeertrag aller Gewerbebetriebe (von juristischen und physischen Personen) regional gegliedert aus. Zieht man davon die Einkommen physischer Personen aus Gewerbebetrieb in den einzelnen Bundesländern ab, die in der Einkommensteuerstatistik 1953 enthalten sind, so verbleiben die steuerpflichtigen Erträge der Körperschaften. Da die Gewerbesteuerpflicht an die Betriebsstätte anknüpft, fallen die Gewinne der Körperschaften nach dem Sitz des Betriebes und nicht nach dem oft zufälligen Sitz des Unternehmens (Zentrale) an. Diese räumliche Abgrenzung entspricht den Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die aus Steuerstatistiken des Jahres 1953 ermittelten Anteile der einzelnen Bundesländer am Ertrag der Körperschaften berücksichtigen nicht die Gewinne von Körperschaften (USIA, OMV, Banken und Versicherungen), die 1953 aus verschiedenen Gründen noch nicht veranlagt wurden. Die Gewinne dieser Unternehmungen, die hauptsächlich in den östlichen Bundesländern ihren Sitz haben, wurden aus repräsentativen Bilanzen und Sondererhebungen geschätzt.

Die *persönlichen Nettoeinkommen* der einzelnen Bundesländer ergaben sich aus den regionalen Größen des Volkseinkommens, indem die unverteilteten Gewinne der Kapitalgesellschaften, die öffentlichen Einkünfte aus Besitz und Unternehmung sowie die direkten Steuern der privaten Haushalte abgezogen und die Transferinkommen hinzugerechnet wurden. Von den direkten Steuern ließ sich die Einkommensteuer und die Lohnsteuer auf Grund der örtlichen Aufkommen im Jahre 1957 direkt den einzelnen Bundesländern zurechnen.

Die regionalen Erträge der Gewerbesteuer und der Grundsteuer wurden aus den Jahren 1955 und 1956 fortgeschrieben. Die gesamten Sozialversicherungsbeiträge wurden nach den gleichen Grundsätzen aufgeschlüsselt wie die Arbeitgeberbeiträge. Aus dem regionalen Aufkommen an direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen mußte die Gesamtbelastung der Arbeitspendler (25% der Bruttolohnsumme) ausgeschieden und dem Wohnort der Arbeitspendler zugerechnet werden. Die Transferzahlungen des Bundes, der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung wurden wie folgt regional aufgeteilt: Die Pensionen und Renten nach der Kopfzahl der Pensionisten und Rentner laut Volkszählung 1951, die Kinder-, Familien- und Geburtenbeihilfen nach dem Ort der Auszahlung, die Arbeitslosenunterstützungen nach der durchschnittlichen Zahl der unterstützten Arbeitslosen und die Barleistungen der Krankenkassen nach dem Ort der Auszahlung.

Die Berechnung von *Kopfquoten* des Volkseinkommens und der persönlichen Nettoeinkommen stützt sich auf die Fortschreibung der Bevölkerung nach Bundesländern für das Jahr 1957 und der Beschäftigtenzahlen aus verschiedenen Quellen. Die Gesamtzahl der unselbständigen Beschäftigten wurde der Sozialversicherung für 1957 entnommen, mit geringen Zuschlägen für nicht versicherte Arbeitnehmer. Die Zahl der selbständigen Land- und Forstwirte aus der Volkszählung 1951 wurde mit Hilfe der Buchführungsergebnisse auf Vollarbeitskräfte umgerechnet und bis 1957 fortgeschrieben. Die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden und frei-

Die Transfereinkommen 1957

Übersicht 24

	Wien	Nieder- österreich	Ober- österreich	Steiermark	Kärnten	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Burgenland	Österreich
	Mill S									
Renten und Pensionen ¹⁾	3 583	2 134	1 448	1 488	570	391	465	145	267	10 491
Kinder-, Familien- und Geburtenbeihilfen	505	348	366	398	182	115	149	74	63	2 200
Arbeitslosenunterstützungen ²⁾	208	139	101	99	58	23	39	5	42	714
Kriegsopferrenten usw. ³⁾	316	270	213	216	95	63	83	39	54	1 349
Barleistungen der Krankenkassen	278	151	112	130	41	39	43	33	11	838
Offene Fürsorge und ähnliche Zuwendungen	165	141	111	112	49	33	44	20	28	703
	5 055	3 183	2 351	2 443	995	664	823	316	465	16 295
— Transfereinnahmen ⁴⁾	598	225	204	227	98	68	93	33	27	1 573
Transfereinkommen insgesamt	4 457	2 958	2 147	2 216	897	596	730	283	438	14 722

¹⁾ Renten und Pensionen der Sozialversicherung, Pensionen der Gebietskörperschaften sowie Bundesbetriebe bis zur Höhe des Defizits, Aufteilung nach der Kopfzahl der Rentner und Pensionisten usw. auf Grund der Volkszählung 1951. — ²⁾ Aufteilung nach der Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt. — ³⁾ Aufteilung nach dem Bevölkerungsschlüssel. — ⁴⁾ Angerechnete und tatsächliche Pensionsbeiträge der Beamten der Hoheitsverwaltung sowie sonstige einseitige Zahlungen an die öffentliche Hand (Strafen, Stempelgebühren usw.).

beruflich Tätigen mußte mangels neuerer Daten unverändert aus der Volkszählung 1951 übernommen werden.

Die Durchschnittseinkommen pro Erwerbstätigen in den verschiedenen Berufen (Arbeitnehmer, Landwirte, Gewerbetreibende usw.) wurden aus den Gesamteinkünften eines Bundeslandes aus einer bestimmten wirtschaftlichen Tätigkeit und der Zahl der hauptberuflich Erwerbstätigen in diesen Berufen errechnet. Diese beiden Bezugsgrößen decken sich nicht genau und liefern daher unscharfe Ergebnisse, da viele Erwerbstätige Nebeneinkünfte aus anderen wirtschaftlichen

Tätigkeiten beziehen. Nach der Einkommensteuerstatistik 1955 z. B. hatten 50 000 Arbeitnehmer ein versteuertes Nebeneinkommen von mehr als 3 600 S pro Jahr. Eine besondere Rolle spielen Nebeneinkünfte in der Land- und Forstwirtschaft. Ein Teil der landwirtschaftlichen Ertrages fließt anderen Berufsgruppen (Gastwirten, Pensionisten, Kleingärtnern usw.) zu, während andererseits viele Landwirte, besonders in den westlichen Bundesländern, Nebeneinkünfte aus dem Fremdenverkehr, aus gewerblicher Tätigkeit und aus unselbständiger Gelegenheitsarbeit beziehen.

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

Herausgeber, Verleger und Eigentümer: Verein „Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung“, Wien, I., Hoher Markt 9. — Präsident: Dr. h. c. Ing. Manfred Mautner Markhof, Wien, III., Landstraßer Hauptstraße 97. — Verantwortlich: Chefredakteur Dr. Franz Nemschak, Wien, III., Arsenal, Objekt 3, 2. Stock, Tür 28.

Druck: Carl Ueberreuter Druck und Verlag (M. Salzer), Wien, IX, Alser Straße 24